

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 3. Dezember 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes, betr. die Delegirtenwahlen. — Die modernen Klaukriter. — Der Pariser Generalkongress. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung. (Schluß.) — Dringliche Aufgabe der deutschen Krankenkassen. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — In alle in der Schwarzwalder Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter. — Literatur.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Giesfeld (Temperformer, Firma Wiltz, Kramer) Str., nach Bischofswerda Str., nach Düsseldorf D., nach Forst (Buchholz), nach Halle a. S. (H. Jacobi in Büschdorf b. D.); von Feilenbauern u. nach Frankenthal, Spexer, Mannheim u. Ludwigshafen L., nach Landsberg a. d. Warthe (Kempel), nach Lübeck (Frau Underjohn), nach Potschappel-Dresden (Wehlhose) W., nach Halle a. S. (Amundorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St., nach Stuttgart (Firma Wehrle u. Co., Sub. J. Stern) v. Et.; von Klempern nach Düsseldorf (Springorum) St.; von Metall- u. Kompositionsschlagern nach Fürth; von Metallrüdern nach Münden; von Schlossern nach Duisburg (Eisenmöbelfabrik von Karl Carnag); von Schraubendrehern nach Nürnberg (Göbel'sche Schraubenfabrik). — (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aus- sichts; L.: Lohnbewegung; U.: Unsperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Ufford-Reduktion.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Anschließend an die Bekanntmachung in Nr. 46 der „Metallarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1898, betreffend unsere 16. ord. Generalversammlung, geben wir nachstehendes Wahl-Reglement bekannt.

Wahl-Reglement

Der Verband bildet ausschließlich des Königsreichs Sachsen im Ganzen 75 Wahlabtheilungen, an deren Spitze je ein Zentralwahlkomitee steht.

Die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, deren Name in der Wahlabtheilungs-Zusammenstellung fett gedruckt ist, bildet im Verein mit vier aus der Mitgliederzahl derselben Verwaltungsstelle zu wählenden Beisitzern das Zentralwahlkomitee für die Abtheilung. Die vier Beisitzer sind in der Mitgliederversammlung, in welcher die Wahl der Delegirten vorgenommen wird, zu wählen. Als Beisitzer sind nur solche Mitglieder zu wählen, welche nicht als Kandidaten aufgestellt sind. Bis zur erfolgten Wahl der vier Beisitzer hat die Ortsverwaltung die etwa nöthigen Wahlarbeiten allein zu besorgen. Der Bevollmächtigte fungirt als Vorsitzender; die Adressen derselben sind in der Wahlkreis-Abtheilung angegeben.

Sollte der jeweilige Bevollmächtigte als Kandidat zur Wahl gestellt werden, so übernimmt der Stellvertreter derselben für ihn die Funktion des Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees und ist seine genaue Adresse unter genauer Bezeichnung der Wahlabtheilung im Verbandsorgan sofort bekannt zu geben.

Vorschläge von Kandidaten.

Zur Vermeidung einer zu großen Stimmengerspaltung wird es sich empfehlen, wenn die zu den einzelnen Wahlabtheilungen zählenden Mitgliedschaften umgehend ihre Kandidatenvorschläge dem Zentralwahlkomitee (in jeder Wahlabtheilung durch Zeitdruck hervorgerufen), mittheilen, damit diese die Vorschläge den Mitgliedschaften ihrer Wahlabtheilung bekannt geben können.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen den Zentralwahlkomitees bis spätestens am 9. Januar 1899 mitgetheilt sein.

Das Zentralwahlkomitee hat diese Vorschläge nicht vor dem 10. Januar 1899 zusammenzustellen und den einzelnen Mitgliedschaften sofort, spätestens aber bis zum 13. Januar 1899 bekannt zu geben.

Etwaige nach dem 9. Januar 1899 dem Zentralwahlkomitee zugehende Vorschläge können wohl zur Wahl zugelassen werden, für die Zentralwahlkomitees besteht aber keineswegs eine Verpflichtung, diese Vorschläge den Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen.

Ebenso besteht auch keineswegs für die Mitgliedschaften die Verpflichtung, die Vorgesetzten zu wählen.

Bei Mittheilung der vorgeschlagenen Kandidaten an den Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees sind etwaige Abänderungen, die sich seit 1. Januar 1897 bei den Bevollmächtigten ergeben haben, anzugeben.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabtheilung, in welcher es zur Zeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer anderen Wahlabtheilung in der Liste stehen.

Wahlhandlung.

Die Wahl der Delegirten erfolgt in einer Mitglieder- versammlung und kann sich über die ganze Dauer derselben oder aber auch nur über einen Punkt der Tagesordnung erstrecken. Der Wahlakt ist jedoch so zeitig zu beenden, daß die Zusammenstellung des Resultats noch vor Schluß der Mitgliederversammlung erfolgen kann.

Der Eintritt in die Wahlhandlung und der Schluß derselben ist von dem Bevollmächtigten den Mitgliedern ausdrücklich bekannt zu geben.

Nach Bekanntgabe des Eintritts in die Wahlhandlung ist eine Vertagung der Wahlhandlung auf eine spätere Versammlung, ebenso wie die Vernahme der Wahl in verschiedenen kleineren Werkstätten- oder Bezirksversammlungen oder die Einziehung der Stimmen von den Mitgliedern in ihren Wohnungen oder durch Beitragssammler, Kolporteurs u. unzulässig.

Die Wahl erfolgt mittelst Stimmzetteln und sind vorher die Namen sämtlicher Kandidaten der Wahlabtheilung den Mitgliedern in verständlicher Weise mitzutheilen.

Diese Mittheilung kann in der Weise geschehen, daß entweder die Kandidatenliste mehrmals verlesen oder nach einmaliger Verlesung im Total sichtbar ausgehängt wird; in letzterem Falle sollte aber auf diesen Umstand hingewiesen werden.

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Ortsstempel versehenen unbeschriebenen Stimmzettel und kann darauf (nur eigenhändig) bei der Wahl so viel Namen verzeichnen, wie Delegirte in der betreffenden Wahlabtheilung zu wählen sind. Stimmzetteln, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzetteln sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist.

Jedes wählende Mitglied hat sich bei Abgabe seiner Stimme in die aufliegende Wählerliste einzuschreiben.

Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und von der gesammten Ortsverwaltung zu unterzeichnen. Das Protokoll muß enthalten: Angaben über den Tag der Wahl, über die Dauer, ob sie sich über die ganze Versammlung ausdehnte oder nur einen Punkt der Tagesordnung in Anspruch nahm, daß und in welcher Weise die Kandidaten bekannt gemacht, wie viel Stimmen im Ganzen und wie viel für jeden einzelnen Kandidaten abgegeben sind.

Einreichung des Wahlergebnisses an das Zentralwahlkomitee.

Dieses Protokoll nebst Wählerliste und Stimmzetteln ist an das Zentralwahlkomitee so rechtzeitig einzusenden, daß es spätestens am 7. Februar 1899 in dessen Händen ist.

Das Couvert ist gut zu verschließen, mit dem Vermerk „Stimmzettel, Wahlergebnis“, zu versehen, damit der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees es nicht vor der Zusammenstellung des Resultats in der Sitzung des gesammten Zentralwahlkomitees zu öffnen braucht.

Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch das Zentralwahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlergebnisse, Stimmzetteln, Protokolle und Wählerlisten hat der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem 8. Februar, das Zentralwahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen, welche thunlichst auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.

In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Verwaltungen durchgesehen, die Wählerlisten und Stimmzetteln geprüft und das Wahlergebnis zusammengestellt.

Wahlergebnisse, bei denen das Protokoll oder die Wählerliste oder die Stimmzetteln fehlen, sind für ungültig zu erklären und bei der Zusammenstellung des Resultats nicht in Betracht zu ziehen.

Dasselbe gilt, wenn die Angaben des Protokolls mit denen der Wählerliste, oder die letztere nicht ebensoviel Namen enthält, wie Stimmzetteln abgegeben wurden, oder wenn sich aus dem Protokoll irgendwelche Verstöße gegen das Wahlreglement ergeben.

Stimmzetteln sind ungültig, wenn sie nicht abgegrenzt sind, wenn sie mehr Namen enthalten als Delegirte in der

betreffenden Wahlabtheilung zu wählen sind, wenn sie unbeschrieben oder wenn sie von einer Person geschrieben sind.

Gewählt als Delegirter ist dasjenige Mitglied, welches die höchste Stimmzahl erhalten hat, wenn es mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine absolute Mehrheit überhaupt nicht heraus, so ist eine

Stichwahl

zu veranlassen, zu welcher von den Kandidaten nur diejenigen in Frage kommen, welche die höchste Stimmzahl erhalten haben, und zwar immer nur einer mehr, als die Zahl der noch zu wählenden.

In diesem Falle ist den Mitgliedschaften der Wahlabtheilung das Wahlergebnis sofort, spätestens aber so zeitig mitzutheilen, daß es bis am 10. Februar in ihren Händen ist.

Die Stichwahl findet in gleicher Weise wie die Hauptwahl statt.

Jeder Stimmzettel darf nur so viel Namen enthalten, als nach Delegirte zu wählen sind.

Das Stichwahlergebnis nebst Protokoll, Wählerlisten mit Stimmzetteln ist so zeitig an das Zentralwahlkomitee einzusenden, daß es spätestens am 1. März in seinen Händen ist.

Die Zusammenstellung und Prüfung durch das Zentralwahlkomitee darf vor dem 2. März nicht erfolgen.

Für die Prüfung der Stichwahlergebnisse gelten die Bestimmungen wie bei der Hauptwahl mit der Erweiterung, daß nunmehr alle Stimmzetteln, die einen anderen Namen als den eines zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten, ungültig sind und nicht mitgezählt werden. Als gewählt gelten diejenigen, die die meisten Stimmen erhalten. Ist Stimmgleichheit vorhanden, so entscheidet das Loos, welcher Entscheid sofort herbeizuführen ist.

Mittheilung des Endergebnisses, Ausstellung des Mandats.

Ist die Wahl endgültig entschieden, so ist das Ergebnis den Verwaltungen, sowie dem Vorstand, letzterem unter Angabe der genauen Adresse des Delegirten, spätestens bis zum 6. März 1899 mitzutheilen. Dies gilt auch, wenn die endgültige Entscheidung schon im ersten Wahlgange erfolgt.

Ebenso ist von dem Zentralwahlkomitee ein vom Vorstand ausgestelltes Mandat auszufüllen und durch Unterschrift aller Mitglieder derselben gegenzuzeichnen. Dieses Mandat ist dem Delegirten einzuhändigen und dient demselben neben seinem Mitgliedsbuch als Legitimation.

Kontrolle über die Wahl der Delegirten.

Die Wahl der Delegirten wird durch den Vorstand kontrollirt; dieser ist auch verpflichtet, jede auf die Wahl Bezug habende Auskunft zu erteilen. Etwaige Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind demselben sofort mitzutheilen. Er ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzuordnen. — Sämtliche Wahlakten sind von den Zentralwahlkomitees dem Vorstand einzusenden.

Rücktritt eines vorgeschlagenen Kandidaten.

Der Rücktritt eines Kandidaten ist nur vor Eröffnung des ersten Wahlganges zulässig. Spätere Rücktrittserklärungen, namentlich solche von zur Stichwahl stehenden Kandidaten, bleiben unberücksichtigt, d. h. die Wahl, resp. Stichwahl, wird so vollzogen, als ob keine Rücktrittserklärung erfolgt wäre.

Verhinderung eines gewählten Delegirten. Erfahmann.

Ist ein Delegirter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Vorstand umgehend mitzutheilen, welcher dann als Erfahmann denjenigen Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm die höchste Stimmzahl erhalten hat oder mit ihm in die Stichwahl gekommen oder durch Loosentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Wahl-Abtheilungen.

(Die fett gedruckte Zahl am Schluß der Abtheilung bedeutet die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Abgeordneten.)

1. Stuttgart, Allgem. Verwaltungsstelle. 1

2. Stuttgart - Gählein (Fr. Wörner, Schwabenbergstraße 63). Stuttgart: Glaschner, Formner, Gürtler, Mechaniker, Schmiede, Döheim, Feuerbach, Süßenhauert. 1

3. Esslingen (Robert Kind, Strohh. 32/1). Cannstatt: Allgem., Formner, Schmiede. Esslingen: Allgemeine, Schmiede, Oberwürthheim. 1

4. Heidenheim (Georg Barth, Formner, Hauptstr.). Schw.-Gmünd. Wöppingen. Schw.-Gall. Heidenheim. Heilbronn. Kirchheim u. L. Ludwigsburg. Neckaralbm. Ravensburg. Neulingen. Schramberg. Züllingen. Ulm. 1

5. Nürnberg, Allgem. Verwaltungsstelle. 4

6. Nürnberg, Sektion der Glaschner. 1



	Gewinn	Tantieme	Vorjahr
	M.	M.	M.
Maschinen- u. Anst. Holzern	—	Million. 20,534	(28,706)
Nähmaschinenfabr. Starck	0,20	" 19,163	(26,251)
König Friedrich August- Hütte, Vöschappel	0,24	" 20,056	—
Bergischer Gruben- und Hüttenverein	0,23	" 17,729	(6,175)
Alt.-Gej. f. Bergbauerei z. Ehem. Brohl	0,30	" 18,135	(16,106)
Emaillir- und Stanzwerke Waltamer	0,20	" 17,843	(19,526)
Armaturen- u. Maschinen- fabrik, Nürnberg	2,04	" 16,888	(16,556)
Blei- und Silberhütte Frankfurt a. M.	—	" 16,314	(2,723)
Blech- und Emaillirwerk Kirmseiler	0,17	" 15,149	(15,298)
Reicher, Schiffswerft, Ham- burg	0,88	" 14,331	(6,953)
Rathenower optische In- dustrieanstalt	—	" 12,396	—
Umwirler Emaillirwerke	0,19	" 10,789	—

Und so weiter. Die 41 Gesellschaften haben zusammen rund 5 Millionen Mark an Tantiemen vertheilt. In welcher Weise diese Vertheilung erfolgte, konnten wir aus den Veröffentlichungen, die uns vorliegen, nicht ersehen. Dagegen gewährt uns die Veröffentlichung über eine andere Gesellschaft einen näheren Einblick in diese so überaus einfache und bereichernde Vertheilung auf Kosten der Arbeit. Es betrifft dies die Feuerversicherungs-Gesellschaft „Helvetia“ in St. Gallen. Ihr erster Direktor bezieht einen Jahresgehalt von 30,000 Fr., außerdem 70,000 Fr. Tantiemen, zusammen im Jahr 100,000 Fr. Der zweite Direktor bezog 30,000 Fr. Tantiemen, jedes Mitglied des Verwaltungsrathes für zwei oder 3 Sitzungen des Verwaltungsrathes 6250 Fr. und die Aktionäre erhielten 25 Prozent Dividenden. Einen näheren Einblick gewährt auch eine Notiz der kapitalistischen „Eisen-3tg.“ über die Schlesiische Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Lipine, welche 15 Proz. Dividende an die Aktionäre vertheilte und 19,000 M. Tantieme jedem Mitglied des Aufsichtsrathes für im ganzen Jahre stattgefundene 3 Sitzungen ausbezahlte, an denen übrigens nicht einmal alle Aufsichtsräthe Theil genommen. Das war diesmal selbst den Aktionären in der Generalsammlung zu viel und sie beantragten die Herabsetzung der Tantiemen, die in ein richtiges Verhältnis zu den Leistungen der Herren gebracht werden sollen. Ob der Antrag angenommen wurde und wie hoch diese Leistungen zu lagern sind, ist nicht zu ersehen. Dagegen stellt sich die „Eisen-3tg.“ ganz auf unseren Standpunkt vom modernen Raubritterthum, indem sie dazu bemerkt: „In der That, 19,000 M. für 3 Sitzungen, an denen überdies einige Herren des Aufsichtsrathes nicht theilnahmen, hat mit einer Sinekure, oder, wenn man will, mit einer gesegneten Plünderung der Aktionäre doch eine verzweifelte Rehnlichkeit.“

„Gesegnetige Plünderung“ ist sehr gut, aber sie geht die Arbeiter so gut an, wie die Aktionäre. In dem dieses moderne Raubritterthum in so schamloser Weise die Früchte der Arbeit sich aneignet — es ist ja der nackte Diebstahl! — drückt es in der rückwärtsloseten Weise auf die Arbeitslöhne und kümmert sich den Teufel drum, ob der Arbeiter mit 2 oder 3 M. Tagelohn sich und seine Familie ernähren kann, oder ob sie langsam verhungern, in Noth und Elend verkommen müssen. In Schlesien kommen Jugendliche auf 200—300 M., Arbeiterinnen auf 300—400 M., erwachsene männliche Arbeiter auf 500, 600 bis 700 M. Jahresverdienst bei täglicher 11stündiger schwerer und lebensgefährlicher Arbeit. Ein faulenzender, arbeitsschener und läppig lebender Aufsichtsrath bezieht für eine Arbeit, die man dem Arbeiter noch nicht einmal mit 10 M. bezahlen würde, 19,000 M. im Jahr, so viel wie etwa 30 fleißige Arbeiter zusammen.

Und diese Raubritter, diese Schmarotzer, diese arbeitsschenern Müßiggänger befinden im öffentlichen Leben einflussreiche Stellen und Aemter, sitzen in den gesetzgebenden Behörden, in den Gemeindevertretungen usw., verkehren mit den öffentlichen Beamten, selbst mit Ministern zc., sind überall die Säulen und Stützen der Ordnung, geben sich als die größten und eifrigsten Patrioten, verteidigen die gute Sitte und Religion, stehen zu Kaiser und Reich und wärmen im Chor mit ihren gleichgesinnten und gleichwerthigen Genossen gegen die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie, welche das Eigentum abschaffen und „theilen“ will, fordern das Zuchthaus für streikende Arbeiter und Ausnahmsgesetze gegen die Sozialdemokraten. Jedes Verlangen der Arbeiter nach Lohnerhöhung unterdrücken sie brutal als „freche Begehrlichkeit“ und wer sich dem nicht fügt, fliegt auf die Straße und kommt auf die schwarze Liste.

O, wie faul, wie korrumpirt, wie heuchlerisch und verlogen ist doch unsere moderne Gesellschaft! Und um das so überaus einträgliche Geschäft der mühseligen Veranbarung der fleißigen und darbenenden Arbeitsbienen fortsetzen zu können, sollen die Arbeiter entrechtet, sollen ihnen Fesseln angelegt, sollen sie auf's Neue geknebelt werden „im Interesse der bestehenden Ordnung“ und zur „Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr“. Um sich einen Raub von 19,000 M. zu sichern, stimmt man auch für neue Ausnahmsgesetze und für das Zuchthaus als Strafe für den Streik. Die modernen Raubritter laufen indessen frei als Ehrenmänner herum. Die Dinge sind in der That auf den Kopf gestellt!

**Der Pariser Generalstreik.**

u. Die Idee des Generalstreiks, die seit einem Jahrzehnt in den Köpfen der französischen Gewerkschaftler herumspukt, hat im Oktober d. J. in Paris, wo sie unvorbereiteter Weise zur Verwirklichung kam, eine Haverie erlitten, die die Bedenken der deutschen Arbeiter gegen dieses Kampfmittel wesentlich verstärken muß. Zum ersten Mal tauchte diese Idee auf dem französischen Gewerkschaftskongreß zu Bourdeaux im Oktober 1888 auf, wo man sie im Gegensatz zur politischen Revolution, zum bewaffneten Barrikadenkampf, der gegenüber den modernen Armeen aussichtslos geworden sei, als die Revolution der verwehrten Arme, als wirtschaftlichen Angriff zur Enthronung der bürgerlichen Gesellschaft vorschlug, und zwar waren es die Guesdisten, die damals noch geringe politische Erfolge aufzuweisen hatten und mittels einer wirtschaftlichen Lösung der sozialen Frage Einfluß auf die Gewerkschaften zu erlangen hofften.

Der 4. Gewerkschaftskongreß zu Calais wiederholte den Beschluß dahin, daß das Wahlrecht zu nichts diene, aber andererseits die Revolution zu gefährlich sei; man müsse also zum Generalstreik seine Zuflucht nehmen, aber nur für eine einzige Korporation, die das „industrielle Brod“ liefert — die Kohle. Der internationale Streik der Grubenarbeiter sei es, der alle Industrien zwingen, stille zu stehen. Aber der Streik müsse wohl vorbereitet sein, damit alle Arbeiter ihre Vorsichtsmaßregeln treffen und daß sie den Truppentransport verhindern können. Der internationale Bergarbeiterkongreß hatte aber nicht die geringste Lust, einer solchen verzweifelten Taktik zu Liebe seine Organisationen auf's Spiel zu setzen; er erwog ihn nur als letztes Mittel, wenn alle parlamentarischen Aktionen verlagten.

Unterdess vollzogen sich innerhalb der französischen Bewegung bedeutende Veränderungen; die Guesdisten erlangten bei den 1892er Wahlen ansehnliche Erfolge und verlegten nunmehr ihre Taktik vor Allem auf die politische Machtübernahme, den Generalstreik als rein wirtschaftliches und deshalb utopisches Mittel beiseite schiebend. Dafür griffen jetzt die den Politikern mißtrauischen Gewerkschaften nach diesem Mittel als wahrhaft revolutionärem Hebel. Bereits der internationale Brüsseler Kongreß hatte den Militärestreik (Antrag Nieuwenhuis) verworfen mit der Begründung Liebknechts, daß der Generalstreik überflüssig sei, sobald das Proletariat die Kraft besitze, ihn zu unternehmen. Das hielt aber die französischen Gewerkschaften nicht ab, im Generalstreik das Erlösungsmittel zu erblicken; 1892 beschloßen zwei Kongresse, der der Vereinigung der Arbeitsbörsen zu St. Etienne (Februar) und der allgemeine Gewerkschaftskongreß zu Marseille (Oktober) zu Gunsten des Generalstreiks. Bei letzterem soll es passiert sein, daß guesdistische Delegirte auf dem Gewerkschaftskongreß für und auf dem gleichzeitig stattfindenden Guesdistenkongreß gegen den Generalstreik votirt hätten.

Im Jahre 1893 gab die Schließung der Pariser Arbeitsbörse durch Dupuy Anlaß, der Verwirklichung des Generalstreiks näher zu treten; ein Nationalkongreß der Gewerkschaftskammern im Juli 1893 zu Paris beschloß, einen Fragebogen betr. Eintritt in den Generalstreik an alle Gewerkschaftler zu versenden, welcher Beschluß aber nicht zur Ausführung kam. Im gleichen Jahre nahm der internationale Züricher Kongreß zu dieser Frage Stellung; er verwarf sowohl die Idee eines Weltstreiks, als auch nur eines nationalen Streiks aller Industrien und gestand nur dem allgemeinen Streik einer einzelnen Industrie bestenfalls einigen Erfolg zu, erkannte aber in Massenstreiks eine wirksame Waffe, nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe, deren Anwendung jedoch eine kräftige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetze. Dem 6. allg. Gewerkschaftskongreß zu Nantes im September 1894 ging ein guesdistischer Kongreß am

gleichem Ort voraus, der den Generalstreik verwarf und ein Programm zur Eroberung der kleinbäuerlichen Schichten annahm; trotzdem beschloß der nachfolgende Gewerkschaftskongreß mit 63 gegen 36 Stimmen aufs Neue zu Gunsten des Generalstreiks; es wurde ein Komitee zu dessen Propaganda und Organisation eingesetzt und demselben 20 Prozent aller für Streiks gesammelten Gelder zugesprochen. Diese den zukünftigen Streiksammlungen auferlegte Steuer hatte nur zur Folge, daß viele Gewerkschaften die irgendwo Streikenden direkt, ohne Vermittlung der Zentralisation unterstützten. Auf dem ersten Kongresse der „Konföderation der Arbeit“ (Gewerkschaftsbund) zu Limoges 1895, der jedoch die Arbeitskammern und Arbeitsbörsen nicht angehören, wurde das Generalstreikkomitee zur ständigen Einrichtung erhoben; auch hier der gleiche Streit mit den politischen Guesdisten, der auf dem internationalen Londoner Kongreß in so breiter Weise als Gegensatz zwischen Sozialisten und anarchistischen Gewerkschaftlern zum Austrag kam. Die Londoner Resolution brachte im Allgemeinen nur eine Wiederholung des Züricher Beschlusses, aber nicht in größerer Klarheit; er sah „die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik zwar nicht gegeben“, erachtete aber als Erforderniß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, „weil vom Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.“

Die Folge dieses Beschlusses war, daß die französischen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß zu Tours (September 1896) nach dem Bericht Guérard's, des Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, annahmen, der Londoner Kongreß habe sich nur gegen den Weltstreik, nicht aber gegen einen gut organisirten nationalen Generalstreik ausgesprochen. Um nun diese Organisation gut vorzubereiten und vor Allem, um die Gegner dieser Idee für den Generalstreik zu gewinnen, solle von nun an bloß propagandistisch für den Generalstreik gewirkt werden; man glaube, es bedürfe nur der allenthalben verbreiteten Agitation, um die Arbeitermassen für dieses Mittel empfänglich zu machen und sie auf ein gegebenes Zeichen zum Kampfe zu rufen. Nachdem man die 20 Prozent der Streikgelder des Beschlusses von Nantes in Limoges bereits auf 10 Prozent reduziert hatte, setzte man in Tours nur noch 5 Prozent fest. Dabei waren von 1894 bis 1895 nur 329,75 Fr. und von 1895—1896 nur 401,75 Fr. für das Generalstreikkomitee vereinnahmt, eine Summe, mit der man keinen Streik von 50 Arbeitern 8 Tage lang führen kann. Selbst für die bloße Propaganda hielt Guérard ein Jahresbudget von 10,000 Fr. erforderlich. Ueber die Generalstreikdebatte heißt es im „Mufé social“: „Es waren so viel Redner eingeschrieben, daß ein Mitglied schließlich den Generalstreik der Redner beantragte.“ Von verschiedenen Rednern wurde der Generalstreik heftig bekämpft; der Broussist Rozier erklärte: „Wir vertreten nicht die Allgemeinheit der Genossen der Arbeit; wir sind ja nur eine Handvoll!“ Caverie (Gasarbeiter) sagte: „Frankreich ist ein ackerbaureichendes Land, wo auf 3 Millionen Arbeiter 10 Millionen Bauern kommen. Nun lassen sich aber die Bauern weder in einen partiellen, noch in einen Generalstreik ein. Würde man wenigstens alle Arbeiter mitreißen? Aber selbst unter den Eisenbahnern sind es die Mechaniker, die sich dem Streik nicht anschließen!“ Das letztere sagte er, weil Guérard den Gedanken vertrat, daß nicht, wie früher beschlossen, die Grubenarbeiter, sondern die Eisenbahner die Pioniere des Generalstreiks seien, da die Industrie in höherem Maße vom Verkehr als von Kohlen abhängig sei.

Nach einer Statistik des Buchdruckers Mahnier waren von 542,500 in organisirten Berufen beschäftigten Arbeitern nur 28,582 dem Namen nach organisirte, aber nur 12,659 zahlende Mitglieder — ein Beweis, daß unter diesen Verhältnissen der Generalstreik ein Hirngespinnst sei; selbst die Gewerkschaft der Eisenbahner habe unter ihren 60,000 Mitgliedern nur 15,000 zahlende Mitglieder. Dem gegenüber verwies Guérard auf die Langsamkeit der politischen Aktion; nicht durch Politik, sondern durch den Generalstreik werde sich die Revolution erfüllen. Die partiellen Streiks gingen verloren, weil sich die Arbeiter demokratisiren, weil sie eingeschüchtert sind durch die Macht der Armee. „Der Generalstreik werde kurz und die Unterdrückung unmöglich sein!“ Er wies auf den glänzenden Erfolg desselben in Belgien hin, wobei er indeß hinzuzufügen vergaß, daß Belgien keine moderne Armee, wie die großen Militärsstaaten, habe, und daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechts den größten Theil der Bevölkerung für sich hatte. Schließlich wurde in Tours das Prinzip

und die Propaganda des Generalstreiks mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Im gleichen Jahre beantragte der 7. Eisenbahnerkongress zu Paris als Antwort gegen den Gesekentwurf Merlin-Trarieur, der den Eisenbahnern das Koalitionsrecht streitig machen sollte, einen Ausschuß von 25 Personen mit der Befehlshafung über den Generalstreik der Eisenbahner.

Seitdem hat die Bewegung für eine solche Aktion, wohl aus Mangel an Mitteln, bedeutend nachgelassen. Der 9. Gewerkschaftskongress zu Toulouse (September 1897) erneuerte zwar die früheren Beschlüsse und der diesjährige 9. Eisenbahnerkongress gab dem Vorsitzenden Guerdard die Vollmacht, den Eisenbahnunternehmern ein Ultimatum zu stellen und eventuell den Generalstreik zu proklamieren. Das Ultimatum wurde natürlich abschlägig beschieden und Guerdard nahm Anstand, sofort zum Streik zu rathen; er veranstaltete erst noch eine Umfrage bei den lokalen Gewerkschaften der Eisenbahner, wobei 12 für und 11 gegen den Streik waren.

Unterdeß sollte ein außerordentliches Ereigniß die Würfel in's Rollen bringen. Mitte September d. J. stellten in Paris 12—15,000 Erdarbeiter die Arbeit ein; sie verlangten die vom Pariser Magistrat für Submissionen festgesetzten Löhne von 60 Ct. pro Stunde, die die Privatunternehmer nicht zahlen wollten. Der Magistrat unterstützte die Erdarbeiter und bewilligte ihnen 20,000 Fr.; ihm schloß sich der Generalrath des Seine-Departements mit 10,000 Fr. Unterstützung an. Der Streik gewann in Folge der Weigerung der Unternehmer, ein Schiedsgericht anzuerkennen, an Umfang; es kamen die Maurer, Abbrucharbeiter, Steinarbeiter, Möbelschleifer, Bildhauer, Gypsler u. daz. und Ende September streikten bereits 35,000 Mann. Die Erregung wuchs, als in Folge Schlägereien zwischen Streikenden und Streikbrechern das Militär die Hauptplätze besetzte. Die Gewerkschaften erkannten dem Bauarbeiterstreik eine gewisse generelle Bedeutung zu, und eine nach der andern beschloß die Arbeitsniederlegung. Am 8. Oktober streikten 50 verschiedene Berufe; die Metallarbeiter und Eisenbahnarbeiter hatten sogar den Streik über ganz Frankreich erklärt. Als Forderung wurde ein gesetzlicher Minimallohn aufgestellt und eine Deputation an das Ministerium Brissou geschickt. Der Moment schien Anfangs günstig; das Ministerium, bedrängt von den Generalräthern einer- und von den Arbeitern andererseits, mußte nach aller Voraussicht den Arbeitern Versprechungen machen. Aber Brissou unterstützte bloß den Erdarbeiterstreik und gab den übrigen Forderungen eine unverblühte Abweisung. Dagegen wurden die Eisenbahnlinien und Bahnhöfe militärisch besetzt und so viel Militär nach Paris zusammengezogen (ob dies Brissou's Werk war oder ob er sich die Einwilligung von seinem Kriegsminister abbringen ließ, ist nicht festzustellen), daß schwere Zusammenstöße unvermeidlich schienen. Ingleich durchschwärmten Staatsstreikgerüchte die Luft; man brachte die Militäranammlung mit gewissen Drohungen ehrgeiziger Generale in Verbindung, und etwas Wahres wird wohl auch daran gewesen sein. Man sah die Militärdiktatur, den Sturz der Republik voraus und hervorragende Deputirte beschworen die Arbeiterführer, den Streik beizulegen und nicht der Säbelherrschaft den Weg zu bereiten.

Das mag wohl auch den Pariser Gemeinderath zu raschem Handeln bestimmt haben; er stellte nunmehr an die Unternehmer kraft seiner Verträge ein Ultimatum, entweder die Arbeiter am 10. Oktober aufzunehmen oder die Kosten für deren Herstellung durch den Magistrat zu tragen. Die Unternehmer gaben kein bei nach binnen wenigen Tagen waren die Erdarbeiter wieder eingestellt. Damit hatte der Streik sein Interesse für die übrigen Berufe verloren; ein Beruf nach dem andern nahm die Arbeit auf und am 17. Oktober wurde auch das Centralstreikcomite aufgelöst. Unwesentliche Erfolge haben nur die Erdarbeiter mit Hilfe des Magistrats errungen; die übrigen Gewerkschaften werden nach dem verunglückten Ausstand noch lange an den Folgen desselben zu tragen haben, am meisten die Eisenbahner, denen der Streik dadurch aufgezwungen worden war, daß die Eisenbahngesellschaften an Stelle der streikenden Erdarbeiter Bahnarbeiter zur Fertigstellung der Arbeiten kommandirten. Die Theilnahme am Streik war überaus flüchtig; zur Uebrigkeit in den eigenen Reihen kam die Einschüchterung der Reue durch das Militär, und der Leiter des Syndikats Guerdard, der sich 2 Jahre zuvor vermessend hatte, die Schienen von 100 wagemuthigen Männern aufzureißen zu lassen und die zur Ueberwachung des Reges geschickten Truppen zu vereinzeln, sah sich bereits am zweiten Tage des Streiks gezwungen, das

Eingungsam anzurufen, noch ehe der Streik eine bedeutende Ausbreitung erlangt hatte. Eine weitere Folge war, daß der Verwaltungsausschuß nach dem mißglückten Streik seine Entlassung nahm und einen besondern Kongress einberufen will, wodurch es zu neuen Spaltungen und Schwächungen der Organisation kommt, die dieser auf Jahre hinaus jede energische Aktion zu Gunsten der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unmöglich machen.

Das ist das Ende eines Generalstreiks, der eben erst anfangen sollte, ein solcher zu werden. Wenn wir ihn Eingangs einen unvorbereiteten nannten, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß er erfolgreicher gewesen wäre bei besserer Organisation, abgesehen davon, daß den Franzosen der Sinn für jahrelange Vorübungen abgeht und der Handstreich stets ihre Sympathien findet. Der Mißerfolg beruht sowohl auf der mangelhaften Organisation und an den geringen Streikmitteln — andererseits an der Unterschätzung der politischen Macht der Gegner, die den Generalstreik nach den vorher gepflogenen leidenschaftlichen Debatten als politisches Eroberungsmittel erachten und sich nicht scheuen, denselben mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Auch in der Bevölkerung (Paris vielleicht ausgenommen) genießt der Generalstreik herzlich wenig Sympathien, und so kam, was kommen mußte, — ein Schiffbruch, bei dem nur durch das energische Eingreifen des Pariser Gemeinderaths Einiges gerettet wurde. Ein reaktionäres Ministerium hätte noch weniger Federlebens gemacht und die Bewegung noch brutaler erstickt.

Die deutschen Gewerkschaften, die die Bereitwilligkeit ihrer Regierung, die Spitze schießen und den Säbel hauen zu lassen, kennen (siehe den Erlaß des Ministers v. d. Meckel), denken nicht daran, ihre jahrzehntelange Mühen und Opfer verkörpernden Organisationen um einer revolutionären Phrase willen auf's Spiel zu setzen. Sie schätzen den Streik als wichtiges Mittel der wirtschaftlichen Aktion, das aber nur da anzuwenden ist, wo alle Vorbedingungen des Erfolges gegeben sind. Der Generalstreik stellt Anforderungen, denen die gegenwärtigen Organisationen nicht gewachsen sind und beschwört Konsequenzen herauf, die die ganze Entwicklung der Organisationen in Frage stellen. Er scheidet deshalb für sie aus der Reihe der Kampfmittel aus.

### Die christliche Gewerksvereinsbewegung. (Schluß.)

Domkapitular Monfang war Politiker, er erkannte, daß die unter der Fahne der Sozialdemokratie sich zusammenhaarenden Arbeiter der Macht der Kirche gefährlich werden konnten. Daher war eine kirchliche Organisation, welche möglichst viel versprach und ein politisches Programm aufwies, geboten, um die Arbeiter der sozialdemokratischen Gefolgschaft zu entreißen. Daß die Frangurierung der christlich-sozialen Bewegung nur ein Ausfluß kirchenpolitischer Bestrebungen war, zeigte sich sofort. Die Mahnung des Bischofs, aus christlicher Barmherzigkeit für die Arbeiterklasse einzutreten, richtete sich an den gesamten Klerus und alle einflußreichen kath. Männer, aber die Organisation der katholischen Arbeiter wurde nur da in Aussicht genommen, wo die Macht der Kirche in Gefahr war. Dies war ganz besonders der Fall im rhein-westf. Industriegebiet. Hier, wo die wirtschaftliche Macht nicht in Händen klerikaler Kapitalisten lag, wo die Industriekönige sich zum Liberalismus bekauften, wurde die Propaganda eingeleitet. Indem man den Liberalismus mit dem Kapitalismus identifizierte, fand man das geeignete Werbemittel für die christlich-sozialen Vereine.

Unter der Leitung des Rectors Schnips und Vikars Kronenberg aus Saagen, Vikars Laaf aus Essen und Domkapitular Klein aus Baderborn nahmen die christlich-sozialen Vereine im Rheinlande denn auch einen ansehnlichen Aufschwung, und diese Vereine leisteten der Kirche bei dem von Bismarck imzementen Kulturkampf gewichtige Dienste. Wo die Kirche unbestritten herrschte, da wurden zur Gründung von Arbeiterorganisationen gar keine Anstrengungen gemacht. In dieser Praxis hat man noch bis heute festgehalten. Wie wollte man aber auch z. B. die Arbeiter in Oberschlesien, wo unter der Herrschaft der klerikalen Industriellen die Arbeiter schlimmer ausgebeutet werden, als unter der Herrschaft der liberalen Fabrikmagnaten in Rheinland-Westfalen, mit dem Programm des Domkapitulars Monfang begeistern können?

Daß es sich bei der christlich-sozialen Bewegung nur um kirchliche Interessen handelte, lassen auch die durch die „Christlich-sozialen Mütter“ veröffentlichten Grundzüge bei Gründung kath. Organisationen erkennen. Es heißt da: „... Kein Mitglied dieser

Vereine kann zugleich einem sozialdemokratischen Verein angehören. Jeder christlich-soziale Verein muß sich eng an die Kirche anschließen. . . . Man darf sich nicht mit Politik befassen, wenn es sich nicht gerade um kirchliche Interessen handelt. In diesem Falle muß man mit allen Kräften in den Kampf eintreten.“ Klarer kann der kirchenpolitische Zweck gar nicht ausgedrückt werden. Um die Arbeiter für diese Zwecke zu begeistern, wurde das Interesse der Kirche mit den sozialen Bestrebungen der Arbeiter verquickt.

Mit Beendigung des Kulturkampfes, als die Aufmerksamkeit des kath. Volkes nicht mehr von dem Kampf um kirchliche Interessen allein in Anspruch genommen wurde, die Kirche aber ein wohlverstandenes Interesse daran hatte, zur Vertheidigung und Ausbehnung ihrer Macht jeder Zeit über eine politische, schlagfertige Partei zu verfügen, mußte man nothgedrungen sich mehr den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterklasse widmen. Als nach Fall des Sozialistengesetzes den freien Gewerkschaften wieder die Möglichkeit der Ausbreitung gegeben war und diese vielfach wieder aufblühten und dadurch der Skaplanokratie neue Gefahren erwuchsen, da mußte man nothgedrungen auch auf diesem Gebiete folgen. Daß hier nicht freier Trieb wirkte und wirkt, sieht man am besten daraus, daß die Gründung christlicher Gewerksvereine nur da und dann unternommen wird, wo und wenn der Kirche die Gefahr droht, daß durch die freien Organisationen die Arbeiter ihrem Einflusse entzogen werden.

Um zu beweisen, daß bei Gründung der christlichen Gewerksvereine kirchenpolitische Interessen maßgebend sind, brauchen wir wiederum nur auf Oberschlesien zu verweisen. Dort wo die Lage der Arbeiter eine überaus traurige ist, hört man von christlichen Gewerksvereinen wenig oder gar nichts. Auf dem Delegirtenkongress der kath. Arbeitervereine in Essen am 17. Oktober erklärte der Diözesanpräses Herr Dr. Pieper-M.-Glabach, daß die meisten der 85,000 in christlichen Gewerksvereinen organisirten Arbeiter auf Rheinland-Westfalen entfallen. Aber auch hier werden nur dort und für solche Berufe, für welche an den betreffenden Orten freie Gewerkschaften sich entfalten, christl. Gewerksvereine gegründet. Wo in Rheinland-Westfalen freie Gewerkschaften erstehen, da folgt die christliche Gründung auf dem Fuße; dasselbe werden wir in Oberschlesien erleben. Jetzt werden die Arbeiter dort von den klerikalen Fabrik- und Zechenbesitzern erbarmungslos gemißregelt, weil sie bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt haben. Wo bleibt da das vornehmste christliche Prinzip: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst, und wo bleibt die Achtung vor dem Gebot: Nichtet nicht, damit auch Ihr nicht gerichtet werdet!? Wo das Interesse des Kapitals spricht, da haben christliche Grundzüge keine Stätte. Daß die klerikalen Industriellen sich wirtschaftlichen Gesetzen, dem Weien des Kapitalismus fügen und sich wenig um Christenthum scheeren, rechnen wir ihnen aber durchaus nicht zum Verbrechen an, was wir verurtheilen, was wir als schänden Verrath an den Interessen der Arbeiter bezeichnen, ist die künstliche Auseinanderhaltung der kämpfenden Arbeiter mit Berufung auf diejenigen christlichen Grundzüge, um die man sich selbst nichts scheert. Aber man benützt das Christenthum zur Trennung der Arbeiter, um diese an der erfolgreichen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu hindern. Würde man die wirtschaftlichen Gesetze ebenio für die Arbeiter gelten lassen, wie man sie für die klerikalen Kapitalisten gelten läßt, dann würden die Arbeiter ohne Schaden für das Christenthum für Verbesserung ihrer Lage eintreten können. Wohl würde dadurch die Macht der Skaplanokratie einbüßen, und darum muß das Christenthum herhalten, um auf seine Kosten jene Macht zu erhalten.

Wie wenig es mit den bombastischen Phrasen auf den „christlichen“ Kongressen auf sich hat, beweist ja zur Genüge die Haltung der Hauptschreier im Streite, der Besitz der ultramontanen Zeitungen gegenüber ihrem eigenen Personal. In ihren Zeitungen stammende Artikel gegen Ausbeutung, phrasenreiche Aufrufe zur Gründung von Berufsorganisationen und dabei Maßregelung der von ihnen beschäftigten Buchdrucker, wenn diese sich der Organisation anschließen oder auf Anerkennung des Tarifes dringen. Noch jetzt bei der letzten Buchdruckerbewegung waren es die ultramontanen Buchdruckerzeitungen, welche sich erst dann zur Anerkennung des Tarifes bequemen, als ihnen das Meißer des wirtschaftlichen Kampfes an die Seite gesetzt wurde. Aber gerade diese Folge der Buchdruckerorganisation werden jene Herren ansporren, für die Folge noch mehr für die Uneinigkeit der Arbeiter zu streben — mit Hilfe des „Christenthums“. Wären die offiziellen Vertreter des Christen-

thums wirklich bestrebt, der Arbeiterschaft im Kampfe gegen das Kapital zu helfen, dann würden sie die Nutzenwendung der Erfolge der freien, ungetrennten Organisationen ziehen und die Arbeiter auffordern, sich frei auf rein gewerkschaftlicher Grundlage zu organisieren. Aber wer nur für ein Zusammengehen der Arbeiter bei wirtschaftlichen Kämpfen eintritt, der wird geächtet und ungeschicklich gemacht, wie dies ja die Herren Kaplan Oberdörfer in Essen und Kaplan Heßdörfer in Aachen, die für gemeinsamen Kampf eintraten, zur Genüge erfahren haben. Sie wurden einfach durch ihre kirchliche Behörde kastigiert. Und wo die Arbeiter alle Aussicht haben, mit Erfolg für Verbesserung ihrer Lage vorgehen zu können, da erheben die Hintermänner der „christlichen Organisationen“ einlufengekrei über „sozialdemokratische Mache“. Auf diese Weise ist im Ruhrrevier schon manche Bewegung der Arbeiter illusorisch geworden, für manche jede Vorbedingung unmöglich gemacht. Derweil rüsten die Unternehmer fortgesetzt weiter.

Auf den christlichen Kongressen und Generalversammlungen versichert man dem Arbeiter, daß nur auf christlicher Grundlage seine Lage verbessert werden kann. Dabei sehen wir, daß der Kapitalismus die gewaltigsten Anstrengungen macht, sich nicht nur zu organisieren, sondern auch die Wirkungen seines Wesens in unchristliche Länder zu tragen. In allen Erdtheilen bestrebt sich der Kapitalismus festen Fuß zu fassen und besonders durch Anlegung von Industrien auch den armen Heiden die „Segnungen“ des Kapitals kosten zu lassen. Aber mientwegt schreit der ganze Chorus der Arbeiterfreunde im klerikalen Lager, gegen Ausbeutung durch den gottlosen Kapitalismus kann sich der Arbeiter nur auf christlicher Grundlage stützen. Also müssen die Heiden und sonstige Unchristen sich ruhig auspowern lassen bis sie vom Christenthum errettet werden. Da das aber doch gar nicht so geschwinde geht, scheint uns der „christliche“ Grundsatz sehr unchristlich zu sein.

Doch was hindert das den Klerikalismus. Steht man doch heute bei den „christlichen“ Organisationen schon auf einem anderen Standpunkt, als wie es bei Gründung der kath. Vereine maßgebend war. Von der wenig konsequenten Vertretung des von Mousfang aufgestellten Programms wollen wir ganz schweigen, aber Bischof Ketteler erkannte ausdrücklich an, daß nur mit Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit die Lage der Arbeiter tatsächlich gehoben werden könnte, und heute schwingt man sich schon zur Harmonielehre auf. Auf dem Delegirtenstage in Essen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der 4. Delegirtenstag der kath. Arbeitervereine der Erzdiözese Köln zu Essen hält die Bildung von Arbeiter-Berufsvereinen auf christlicher Grundlage für dringend notwendig zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wie auch zur Sicherung eines dauernd friedlichen Verhältnisses und Verkehrs zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.“

Ein dauerndes, friedliches Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist aber nur möglich, wenn die Arbeiterschaft geschlossen zusammensteht und so durch ihre Macht den Arbeitgeber zur Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche zwingt. Aber die Einigkeit der Arbeiter wird von den „christlichen“ Machern unter allen Umständen verhindert und damit sind dieselben gerichtet.

### Dringliche Aufgaben der deutschen Krankenkassen.

Unter diesem Titel wird auf Veranlassung des Zentralverbandes der deutschen Ortskrankenkassen eine Rede des Herrn Dr. Friedeberg behufs Vertheilung an die Krankenkassen im Druck veröffentlicht, die in eindringlicher Weise für die Zuweisung einer Reihe neuer kultureller Aufgaben an die deutschen Krankenkassen plädirt. Dr. Friedeberg hat sich sehr verdient gemacht durch eine unermüdlige Propagierung der neuen Lungenheilstätten-Einrichtungen, und auch die in der zitierten Broschüre gegebenen Anregungen werden sicherlich nicht ohne Folgen bleiben, wenn es auch scheint, als ob der Verfasser mit einer reichlichen Dosis von Idealismus und Optimismus an seine Aufgabe geht, während die Verwaltungen der Krankenkassen vielfach doch von ganz anderen Beweggründen des Handelns geleitet werden.

Friedeberg geht davon aus, daß zwei große Mittel, um die Leistungsfähigkeit der Klassen zu erhöhen, die eine Verringerung der Geschlechtsnötigkeit machen würden, zur Zeit nicht erreichbar seien. Nämlich die Beseitigung des Nistandes, daß bei allen Unfällen während der ersten 13 Wochen die Krankenkassen und nicht die Berufsgenossenschaften einzutreten haben, —

und ferner die Einführung von Gefahrenklassen innerhalb der Krankenversicherung, wobei die Unternehmer, für deren Betriebe die höheren Tarife nöthig sind, die den normalen Beitrag überschneidenden Versicherungsbeiträge allein zu leisten haben. Diese beiden Forderungen hält Friedeberg bei der gegenwärtigen sozialpolitischen Stimmung nicht für erreichbar. Dagegen empfiehlt er den Krankenkassen, mit allen Kräften ihre Zentralisation anzustreben, wodurch ebenfalls durch Ersparniß von Verwaltungskosten und andere Vortheile Mittel zur größeren Leistungsfähigkeit frei werden, — und ferner weist er den Krankenkassen eine Reihe von Aufgaben zu, welche die Klassen zu Krankheit verhütenden, hygienisch wirksamen Faktoren machen sollen.

Uebergangen wollen wir hier die Forderungen der Uebernahme von Schwindkranken in zu gründende Heilstätten der Invaliditäts-Verversicherungsanstalten und der Gewährung des Krankengeldes an die Familie der in der Heilstätte Verpflegten. Dagegen seien die anderen, den Krankenkassen zugewiesenen Aufgaben hier kurz wiedergegeben.

Die Krankenkassen Deutschlands sollen für einen bestimmten Zeitabschnitt, das Jahr 1899, eine einheitliche Tuberkulosestatistik aufnehmen, zu deren Schema ein von der Kontrollkommission der Krankenkassen Berlins unter Mitwirkung bewährter Statistiker ausgegearbeiteter Fragebogen benutzt wird.

Der Fragebogen soll im Wesentlichen die ungeheuerliche Sterblichkeit und die hohe Erkrankungsrate, daneben die enorme materielle Belastung der Krankenkassen in Folge der Schwindkranken darstellen. Jede Klasse könne die Resultate ihrer Erhebung für sich benutzen, die Gesamtverarbeitung, zwecks deren die ausgefüllten Fragebogen bis zum 15. Februar 1900 an die Zentralkommission der Krankenkassen übersandt werden müssen, erfolge durch die Zentralkommission, und soll das Material als Unterlage für weitere bei der Reichsregierung zu ergreifende Schritte dienen. Es sei zweckmäßig, zur leichteren Vornahme dieser Statistik, ein besonderes, dem Schema des Fragebogens entsprechendes Buch lediglich für die Schwindkrankenfälle bei jeder Krankenkasse anzulegen.

Die Krankenkassen sollen alljährlich eine Reihe Mitgliederversammlungen veranstalten (6—8) mit einem Zyklus unentgeltlicher populär hygienischer Vorträge, für deren Bekanntgabe an alle Klassenmitglieder die Krankenkasse zu sorgen hat und deren Kosten ihr zur Last fallen.

Es sei eine absolute Nothwendigkeit, daß die deutschen Krankenkassen, die 8 Millionen versicherter Mitglieder umfassen, sich ihrer wichtigen sozialen Aufgabe mehr als bisher bewußt werden. Die Krankenkasse sei eine Vereinigung höherer Art als die bloßer materieller Leistungen. Aus der bisherigen Auffassung des rein materiellen Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen Krankenkasse und Mitgliedern entspringe der überall beobachtete Indifferentismus der Massen gegen die Krankenkasse, welcher eine gedeihliche Entwicklung derselben verhindere. Die Krankenkassen seien aber ihrer ganzen, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruhenden Institution nach geeignet, die innigste Fühlung mit allen ihren Mitgliedern zu ermöglichen und Einfluß auf dieselben zu gewinnen. Dieser Einfluß müsse zur kulturellen Hebung der Nation benutzt und speziell nach hygienischer Richtung hin ausgedehnt werden, weil dadurch eine hygienische Erziehung ermöglicht werde, die durch Förderung der Gesundheit des Individuums, welches lernt, den Krankheiten vorzubeugen, wieder der materiellen Leistungsfähigkeit der Klasse zu gute komme. Die Vorträge seien etwa über Wohnungshygiene, Ernährung, Kleidung, Hautpflege, Gewerbekrankheiten, Alkoholismus, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten u. so halten.

Die Krankenkassen sollen eine enge Fühlung mit den Gewerbeinspektoren unterhalten.

Die Krankenkassen seien am ehesten in der Lage, aus ihrer Kenntniß der in einzelnen Betrieben sich häufenden Erkrankungsfälle heraus, namentlich wenn es sich um Gewerbekrankheiten handelt, die Gewerbeinspektion auf wahrscheinlich vorliegende hygienische Mißstände der betreffenden Betriebe aufmerksam zu machen. Dergleichen könnten Aufnahmen über die Dauer der Arbeitszeit häufig erkrankender Mitglieder zu werthvollen Aufschlüssen über gesundheitschädigende Einflüsse einer allzu langen Arbeitszeit führen und so Grundlagen für gesetzgeberische Maßnahmen gewonnen werden.

Bei sämmtlichen Krankenkassen sollen Aufnahmeverfahren stattfinden, auch bei den Ortskrankenkassen, namentlich in allen Fällen, wo es sich um jugendliche, erst in einen Beruf eintretende Individuen handelt.

Da in den wenigsten Städten Schulärzte existieren und auch keinerlei Untersuchung der die Schule Verlassenden vorgenommen wird, so erfolgt in sehr vielen Fällen eine durch ärztliches Urtheil nicht beeinflusste, den individuellen Verhältnissen oft durchaus nicht entsprechende Berufswahl. Die Krankenkassen könnten durch obligatorische Aufnahme-Untersuchungen, die aber zu keiner Abweisung von der Klassenzugehörigkeit berechnigen sollen, einen werthvollen Ertrag des von der Schule Veräumten darbieten und Eltern und Vormünder durch die zu den Untersuchungen bestellten Ärzte in bezüglichen Fällen auf solche Fehler in der Berufswahl aufmerksam machen lassen. Es könnten ferner schwächliche, widerstandsunfähige Personen von vornherein beobachtet und zur Vornahme zweckdienlicher therapeutischer Maßnahmen veranlaßt werden, ehe eine allzu starke Schädigung der Gesundheit erfolgt ist, zu deren Beseitigung sonst umfangreiche Aufwendungen der Klasse notwendig wären. Es wäre eventuell zu ermöglichen, für solche der Klasse von Seiten der Ärzte bekannt gegebenen gesundheitlich anfälligen Personen im Einverständnis mit den Gewerbeinspektoren verkürzte Arbeitszeiten zu vereinbaren, wodurch die Gesundheit ihnen länger erhalten und die Freude am Dasein nicht allzu vorzeitig geraubt werden könnte.

Nachdem dann in der Friedeberg'schen Broschüre ausführlich die Forderungen an die Invaliditätsversicherungsanstalten bezüglich der Behandlung der Schwindkranken spezialisiert sind, werden den Krankenkassen zum Schluß noch die folgenden Rathschläge erteilt:

„Zur Agitation und Propagierung dieser Ideen und zu ihrer Ueberführung in's Bewußtsein sowohl der betreffenden sozialpolitischen Faktoren, wie auch der breiten Volksschichten dürfte sich im Gebiete jeder Invaliditätsanstalt die Schaffung einer Kommission nach der Art der Berliner Zentralkommission empfehlen. — Zusammenzusetzen würde dieselbe sich am zweckmäßigsten aus mehreren Vertretern jeder Art von Klassengruppen, sowohl Orts-, wie Betriebs-, Hülfs- und Zimmingskrankenkassen. Nothwendig sind ferner ein oder einige ärztliche Berather, ferner Mitglieder des Ausschusses oder des Vorstandes der betreffenden Invaliditätsanstalt. . . . Rathsam wäre es, sich vor der Hand lediglich auf die Tuberkulosefrage zu beschränken. Es ist für nichts zur Zeit eine derartig günstige Strömung vorhanden, da die Erkenntniß von der verheerenden Wirkung dieser Seuche alle Kreise des Volkes durchdrungen hat. Eine Volksbewegung im edelsten Sinne des Wortes läßt sich hier entfachen. . . . Die breiten Schichten des Volkes aber gilt es anzuklären, gilt es zu erziehen. Wie überall gehen auch hier geistige Entwicklung und materielle Förderung Hand in Hand. Die Krankenkassen haben die Aufgabe neben der Rettung ihrer Versicherten vor dem Verfallen in's Elend, den Millionen, die in ihnen organisiert sind, neue Wege der Erkenntniß zu bahnen. Der Tag, an dem die Krankenkassen sich dieser ihrer ethischen, ihrer kulturellen Aufgabe voll bewußt werden, wird ein Tag des Segens für die Entwicklung der Nation sein.“

(„Vorwärts“.)

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Anschließend an unsere Bekanntmachung in Nr. 46 d. Btg. machen wir bekannt, daß auf der Generalversammlung zur Berathung kommende Anträge sehr Wachen vor Eröffnung der Generalversammlung an den Vorstand eingeleitet sein müssen und erüchten wir, die Einleitung derselben so zeitig zu bewerkstelligen, daß sie spätestens am 21. Januar 1899 in unseren Händen sind. Die Anträge bitten wir auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben und hierbei darauf zu achten, daß nur eine Seite des Blattes beschriftet wird.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, uns bei Zeiten die Nummern dieser Bücher, die genauen Personalien (Name, Vor- und Nachname, Ort, Tag und Jahr der Geburt und den Tag und Ort des Eintritts der Inhaber mitzutheilen, damit wir ihnen rechtzeitig, auf alle Fälle noch vor Schluss dieses Jahres die Ertrag- (zweiten) Bücher zuwenden können. Die Ausfertigung der zweiten Bücher ist Sache der Ortsverwaltungen und bei derselben darauf zu achten, daß alle im alten Buch enthaltenen Eintragungen auch in das neue übertragen werden.

- Folgende Mitgliedsbücher sind unguiltig und aufzuhalten:
- Nr. 20791 des Nummers August Denecke, geb. zu Genthin am 23. Mai 1871.
  - 148455 des Reichsdirektors Wilhelm Kay, geb. zu Karlsruhe am 5. Dezember 1876.
  - 162537 des Schlossers Christof Bayer, geb. zu Gingen a. d. Br. am 23. Oktober 1870.
  - 256651 des Schlossers Heinrich Bogmann, geb. zu Korb am 10. Mai 1876.

268955 des Schlossers Franz Opp, geb. zu Mottenburg a. N. am 16. Nov. 1876.

271152 des Drehers Herrn. Nahrwald, geb. zu Bremerhaven am 8. März 1877.

276758 des Hilfsarbeiters Gustav Forkmann, geb. zu Chemnitz am 8. Dezember 1872.

Ausgeschlossen aus dem Verband nach § 3 Abs. 7a des Statuts wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mannheim (Sektion der Schlosser) der Schlosser Wilhelm Stephan, geb. zu Pfungstadt am 20. Oktober 1872, B. Nr. 154 135

Der Feilenhauer Eduard Fischer, B. Nr. 276 136, wird hierdurch aufgefordert, sich gegen den ihm gemachten Vorwurf der Denunziation bis zum 7. Dezember 1895 zu rechtfertigen, andernfalls sein Ausschluss aus dem Verbande erfolgt. Fischer's Denunziation bestand darin, daß er eine Einladung, die ihm in Offenbach ein Kollege zu einer Werkstattbesprechung überreichte, dem ihn beschäftigenden Unternehmer (Ames) vorlegte und dazu bemerkte, daß die übrigen Werkstattkollegen einen Streik inszenierten und ihn (Fischer) dazu jaugen wollten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Hederastraße 16017, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Vorstand.

Das Mitglied August Sandgraf aus Unterweid, B. Nr. 159 400, wird ersucht, unter Angabe seiner Personalien und Einzahlung von 20 M (in Briefmarken) für Porto, sein Mitgliedsbuch vom Vorstand abzuholen.

Korrespondenzen.

Formen.

Bielefeld. In der Formerverammlung am 25. November hielt zunächst Kollege Bunte einen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für Einführung derselben im D. M. A. aus. Hierauf verlas Kollege Herlep das Antwortschreiben des Herrn Kramer, in welchem er kurz mittheilt, daß er gar keine Veranlassung habe, sich auf Verhandlungen einzulassen, weil bei ihm von einem Streik keine Rede sein kann, denn die Arbeiter haben ja vorchriftsmäßig gekündigt, seien in Folge dessen auch vorchriftsmäßig entlassen. Daß in der Gießerei bei W. Kramer aber dennoch Differenzen bestehen, beweist schon der Umstand, daß Kramer durch allerbaldigste Versprechungen fremde Formen nach hier zu ziehen sucht. So waren wir vor 14 Tagen schon in der Lage, auf zwei Briefe des Herrn Kramer zu reagieren, in welchen er einem auswärtigen Formner 6-7 M per Tag verspricht. Jetzt liegen wieder 2 Postkarten vor uns. Herr Meister Dörner rücht in der einen Karte einen Formner aus Altenwürde, ihn doch mitzuerheilen, mit welchem Zuge er hier antwortet. In der zweiten Karte schildert ein Arbeiter von Kramer den fremden Kollegen, wie gut er es hier bei Kramer hat, und er möchte nur bald nach hier kommen, da er es nirgends besser finden wird. Werthwürdiger Weise schreien beide Karten von einer Hand geschrieben zu sein. Der Kollege aus Altenwürde war auch hierher gekommen, nach Kenntnis der Sachlage zog er es vor, sich anderswärts nach Arbeit umzusehen und dies war nicht ohne Erfolg, denn in der Gießerei der Firma Dürtop verlor man ihn einzustellen. Als aber Herr Köhler (Stiefbruder des Meisters Dörner) erfuhr, daß sein Freund aus Altenwürde bei Dürtop anstatt bei Kramer anfangen wollte, sagte er, er wolle schon dafür sorgen, daß er da bald wieder hinausfliegt. Und richtig, als der Kollege wieder kam, erklärte ihm die Direktion der Dürtop'schen Gießerei, er solle doch erst 14 Tage bei Kramer arbeiten, dann wolle man ihn gern einstellen. Ingefallt dieser Veranlassung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des D. M. A. wolle beschließen, den Streik bei Kramer mit aller Energie fortzusetzen, sie erwartet von der Bielefelder Arbeiterzunft, daß sie die auswärtigen Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen wird.“ Wir ersuchen, den Zugang von Formnern nach Bielefeld streng fernzuhalten.

Stempner.

Düsseldorf, 20. Nov. In Folge der Maßregelung des Werkstattdeslegierten des Metallarbeiter-Verbandes legten am 24. November, Donnerstag, bei der Firma Springorum u. No. 35 dort beschäftigte Schwarzblechklempner die Arbeit nieder. Unter den Arbeitern herrschte schon lange eine tiefgehende Unzufriedenheit, so daß die Maßregelung nur der äußere Anlaß des ausgedehnten Streikes ist. Von den 35 Ausständigen gehören 22 dem D. M. A. als unterstützungsberechtigten Mitgliedern an, während die übrigen in den letzten Wochen und Tagen ihren Beitritt erklärt haben; davon sind 7 verheiratet und 26 ledig. Die Familien haben 15 Kinder zu ernähren. Als Maßregelungsgrund gab die Firma an: 1) daß der betreffende Kollege ein gewerbsmäßiger Blamachter sei; 2) derselbe unter Drangungen Schillinge zum Schnapsholen veranlaßt haben soll, und 3) weil derselbe sich unberechtigter Weise in Abordnungen mit andern Arbeitern gemischt habe. Die beiden ersten Punkte sind vollständig aus der Luft gegriffen und so beleidigender Natur, daß nicht angeht, sie zu berücksichtigen, die Angelegenheit vor den Staatsrichter gebracht wird. Sammlliche Ausständigen ohne Ausnahme geben in diesem Punkte dem Gewerkschaften das beste Zeugnis. Der dritte Punkt stellt den wahren Entlassungsgrund dar, nur mit dem Unterschied, daß nicht unberechtigter Weise, sondern im Auftrage sämtlicher Stempner eine Kommission vorbestimmt worden war, deren Vorsitzender der Gewerkschaft gewachsen ist. Da ist es wohl erklärlich, daß sämtliche Kollegen, mit Ausnahme von vier, die Werkstatt verlassen. Diese vier Ausständigen sind aber so unbedeutend wertige Arbeiterkräfte, daß sie gar nicht in der Lage sind, die Firma vor den unangenehmen Folgen eines Streiks zu schützen. Die Formner sind nämlich angeblich eine

überaus günstige, so daß in der Branche überall Schwarzblechklempner gesucht werden und Ueberarbeit vielfach notwendig ist. Da also auf Zugang von Schwarzblechklempnern gar nicht zu rechnen ist, andere Klempner aber bei den niederen Akkordlöhnen nichts verdienen können, so steht die Sache für die Streikenden außerordentlich günstig, und da es Abtrünnige unter denselben nicht geben wird, ist eine Beendigung des Streiks zu Gunsten der Arbeiter nur eine Frage der Zeit. Mit Maßregeln, diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, sind seitens der Streikkommission getroffen. Bei der Firma geht unterdessen Alles drunter und drüber. Anschläge aller Art werden angelegt und wieder abgetrieben, ganz nervös springt das Personal alle Augenblicke vor den Thorweg, um nach den erhofften Arbeitskräften Ausschau zu halten, aber vergebens. Ein Keßel in der Verzinkerei ist schon zum Stillstand gekommen und die anderen werden bald folgen. Beeinflussungen der Streikposten und der Mitglieder der Streikkommission, die der Fabrikhaber persönlich in der beweglichsten Weise verfolgte, scheiterten an der Unbeugsamkeit und dem Solidaritätsgefühl der Streikenden. Die Streikenden haben folgende Forderung aufgestellt: Wahl eines Arbeiterausschusses, Bezahlung der Zeit, welche man über 1/2 Stunde hinaus auf Material warten muß, Einstellung des Gewerkschaften, Freigabe des Lichtes usw. Daß dieselben durchgesetzt werden können, liegt an der Unterstützung, welche man den Streikenden auch schuldig ist. Möge dieselbe in reichem Maße eintreffen.

Leipzig. In der öffentlichen Klempnerversammlung, die am 15. November im „Goburger Hof“ stattfand, referierte Genosse Meusch über die Bedeutung des Gesellenauschusses. Meusch führte u. A. aus, daß durch das neue Handwerkergesetz das Kleinhandwerk vom Untergang gerettet werden soll, was aber bei der kapitalistischen Produktion unmöglich ist. Die sich nach dem neuen Gesetz bildenden Zwangsvereinigungen müssen einen Gesellenauschuss haben. Für die Arbeiter hat der Gesellenauschuss keinen materiellen Zweck, sondern er kann nur, wenn er von organisierten Arbeitern gewählt ist, agitatorisch wirken, denn jeder von ihm gestellte Antrag, der die Besserstellung der Arbeiter bezweckt, wird von der Zunft abgelehnt werden. Immerhin ist es notwendig, daß die organisierten Arbeiter Gesellenauschüsse wählen, damit auch Vertreter in die Handwerkskammern gewählt werden können. Letztere werden durch die einzelnen Ausschüsse gewählt. Nach dem Referat wurde beschlossen, sich an der Wahl zu beteiligen und wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Schroder, Reibmann, Weidenburg, Bahke, Köhler, als Ersatzmänner: Kamradt und Max Schänichen. Hierauf berichteten die Referenten, daß die Abrechnung vom Sommerergebnis stimmt. Beim Verlesen der einzelnen Werkstätten glänzten durch Abwesenheit die Kollegen von Frankenheim, Günther und Stoll. Für letztere Kollegen ist es besonders bedauerlich, da in dieser Werkstatt ein früheres Werkstättenkommissionärsmitglied arbeitet. Ein Antrag, den Unterstützungsfonds der Klempner dem allgemeinen Unterstützungsfonds der Metallarbeiter zu überweisen, wurde nach einer lebhaften Diskussion angenommen. Dem Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß Kollege Lause aus der Werkstätte in Leipzig getretene Werkstättenkommission ausgeschieden ist, ferner, daß am 10. Dezember im „Felsenkeller“ ein Vortrag vom Direktor der Berliner Sternwarte über die Beobachtung der Welt mit Unterstützung elektrischer Apparate stattfindet, wozu schon vorher Karten zu entnehmen sind.

München. Wie schon kurz mitgeteilt, hat die Sektion der Spangler (D. M. A.) über die Werkstätte von A. Noth, Badenwiesen, die Sperrung verhängt. Herr Noth, der früher in Dresden ein derartiges Geschäft betrieb (Söhle Zangen behaueten, es waren ihm dort die Badenwiesen samt dem Geschäft davon geschwunden), etablierte sich dieses Frühjahr in München. Um nun wahrscheinlich die Erfahrungen, die er von früher her besitzt, praktisch zu verwerten und nicht mehr „Zufallen“ wie in Dresden ausgesetzt zu sein, ließ er bei äußerst geringem Verdienste seine Arbeiter bei geringer Bezahlung lange arbeiten. Als er von Seiten der Arbeiter einmüthig gemacht wurde, daß hier die 9-stündige Arbeitszeit in den Spanglerwerkstätten eingeführt sei, war seine ganze Antwort: „Was ich ... ich mag und das ich ... d. h. München, ich mag was ich will, ich ... auf dem Verband“ u. Er legte dann einen Heeres vor, den jeder Arbeiter unterschreiben sollte, dahingehend, daß fünfzig innerhalb 24 Stunden gearbeitet wird. Selbstverständlich weigerten sich die Arbeiter und man ging los: Wenn das nicht gefällt, kann in 14 Tagen gehen, er brauche keine roten Under, Peger u. z. Herr Noth schickte der edle Arbeiter: Ihr Vorschläge, an Euch vergriffe ich mich doch noch einmal und wenn ich ins Zwangsamt komme. In dieser Tonart ging fort. Trotzdem verlangte er von einem Kollegen, er möge einen weiteren Mann mitbringen, aber kein so „rothes Under“. Dieser „Herr“ Noth wurde nun freudig von der Sektion der Spangler ergriffen, die neunzehnstündige Arbeitszeit einzuführen und 25 Prozent für Überstunden und 50 Prozent Lohnzuschlag für Sonntagarbeit zu gewähren, aber er hat es vorgezogen zu schweigen. Die Leute riefen nun, soweit ihnen nicht schämig war, ihre Kündigung ein und verließen am Mittwoch (23. November) das Eldorado. Zugang ist fern zu halten.

Metall-Arbeiter.

Breslau. Eine Versammlung der Metallarbeiter fand am Dienstag, den 22. November, im „Eriannon“ statt. Genosse Emil Götzen sprach über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Redner schilderte eingehend die Situation, in der sich die Arbeiter im Augenblick befinden; gegenüber dem verstärkten Ansturm der Unternehmungen können sich die Arbeiter nur so mehr zusammenschließen. Und zwar geschieht das am so erfolgreich, je größer und mächtiger und unangenehmer der Stand ist. Die Ziele aller gewerkschaftlichen Organisationen seien doch, wie die Entwässerung der Weltsee, die Produktionsverbände. Der Wunsch, daß durch die Redner loslassen und bescheidenen Interessen der einzelnen Branchen nicht genügend berücksichtigt würden, begehrte man in vorzüglicher Weise durch die Einrichtung der Werkstattvertrauensmänner. Zum Schluß weist Redner noch darauf hin, daß die organisierten Arbeiter möglichst danach streben müssen, leistungsfähiger zu werden. Schlußwort beifolgte den Ausführungen nach kurzer Debatte an der sich die

Kollegen Hoffmann und Scholz beteiligten, ging man zum Zweckmäßigen über. Kollege Hoffmann, der örtliche Vertrauensmann, teilte mit, daß in der Vaterneufabrik von Arnold Differenzen ausgebrochen seien. Der Fall liege folgendermaßen: In der Fabrik werden schon seit längerer Zeit an verschiedenen Gegenständen Vohlabzüge gemacht. Auch jetzt sind den Metallarbeitern wieder 14-20 Prozent abgezogen worden, weshalb dieselben die Arbeit niederlegten. Den Klempnern ging es nicht viel besser. Ueberall, wo noch halbwegs etwas verdient wurde, fand Abzug statt. Eine Kommission verhandelte mit Herrn Arnold; derselbe hat auch manche Abzüge gestrichen, doch ist bei den Hauptstücken ein Abzug stehen geblieben. Kollege Hoffmann bedauerte, daß von den dort beschäftigten Arbeitern nur ein kleiner Theil dem Verband angehört und dieser Theil ist noch nicht einmal bezugsberechtigt. Es zeige sich hier wieder einmal der Leiber so oft wiederkehrende Fall, daß die Arbeiter sich dann erst auf die Organisation besinnen, wenn sie die Hilfe brauchen. Er habe deshalb seine Zustimmung zur Unterstützung versagen müssen, werde aber den Kollegen immer zur Seite stehen und die Sache, wenn Herr Arnold so weiter fährt, in einer eigens dazu einberufenen Versammlung behandeln. Es sprechen hierauf noch mehrere Kollegen aus der Arnold'schen Fabrik. Sie bestätigen Alles, was Herr Hoffmann ausführte. Besonders aber beschwerten sie sich über das Verhalten des Werkführers Behrens. Seine stete Redensart sei: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ Er behandelt die Arbeiter obendrein äußerst grob. Kollege B. wütet die Arbeiter damit, daß sie den Herrn Behrens nicht lange haben würden, denn derselbe sei noch nirgends lange gewesen; seine Grobheit komme wahrscheinlich daher, daß sein Vater Gefangenenaufseher gewesen sei. Genosse Eichhorn fordert anknüpfend an den Fall Arnold eindringlich zum Eintritt in die Organisation auf. Nachdem noch ein Antrag, noch ein Wintervergnügen stattfinden zu lassen, Annahme gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

Frankenthal. In der Versammlung des D. M. A. am 19. November wurden u. A. auch die Differenzen in der Gemmer'schen Maschinenfabrik in Reidenfeld resp. die Arbeitergefühle in der „Pfälzer Post“ besprochen. Vor einiger Zeit wurden in Reidenfeld wieder 2 Kollegen entlassen; diese heißt, wie die anderen Kollegen meinten, sie seien gemäßregelt worden, weil sie eifrig für den Verband agitirt hatten. Als sie um den Grund der Entlassung fragten, hieß es, sie seien alle beide Wirthe und wegen ihnen würde in der Fabrik zu viel getrunken und die Disziplin untergraben, dies könnte nicht mehr so weitergehen. Hiermit waren aber die anderen Kollegen nicht einverstanden, sie erklärten sich mit den beiden Kollegen solidarisch, es drohte somit ein ernstlicher Konflikt, da sie die Maßregelung der 2 Kollegen zurückgenommen haben wollten. Herr Gemmer that dies jedoch nicht. Kollege Dietreuther aus Andriesshafen, der seiner Zeit berufen war, die Sache zu untersuchen und mit Herrn Gemmer zu unterhandeln, erklärte, daß er bei Herrn Gemmer vortheilhaft war, dieser sei wohl sehr freundlich gewesen, aber eine Verständigung mit ihm sei nicht möglich. In der Versammlung, die daraufhin stattfand, habe er von einem Streik abgerathen, da nur die Hälfte der dortigen Kollegen organisiert sei. Es seien das meistens Leute, die durch einen kleinen Besitz an die Scholle gebunden und nicht von ihrem Orte wegzubringen sind. Auch von der Sperrung habe er abgerathen, es sei besser, wenn fremde organisierte Arbeiter kämen, damit frisches Blut unter die dortigen komme. In der Diskussion führten Kollegen, welche bei Gemmer beschäftigt waren, an, daß es für einen Fremden gar nicht möglich sei, dort zu arbeiten, da man nicht einmal Werkzeug erhält. Wenn man Werkzeug verlaugt, heißt es, man soll sehen, wo man es bekommt, es wäre genug da. Gehe man aber zu Anderen und hole sich Werkzeug, so wird man um 50 M gestraft. Auch herrschen noch andere grauenhafte Zustände. Herr Gemmer bietet seinen Arbeitern nicht nur Obsequen an, er verabreicht ihnen sogar welche. Trotz dieser Zustände sucht Herr Gemmer in der „Pfälzer Post“ immer noch Arbeiter. Die Beschwerde, die schon im Frühjahr gegen dieses Arbeitergefecht von unserer Seite mündlich eingereicht war, blieb bei der „Pfälzer Post“ unberücksichtigt. Erst jetzt, nachdem eine Versammlung Protest dagegen erhoben hat, erhielten wir Antwort. Kollege Dietreuther, als Mitglied der Preßkommission führt aus, daß er von einer früheren Beschwerde nichts wisse, die jegliche habe er sofort beantwortet. Es wurde aber konstatiert, daß schon früher Beschwerde erhoben wurde. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Arbeitergefecht von Geschäften, die mit ihren Arbeitern in Differenzen stehen, sollen in Zukunft von keinem Arbeiterblatt mehr aufgenommen werden.“ — Ihr Arbeiter der Gemmer'schen Maschinenfabrik, nehmt Euch diese Sachen zur Lehre und baut Eure Organisation noch mehr aus, damit Ihr in Zukunft Herrn Gemmer ernstlich sagen könnt, wie er Euch zu behandeln hat. Denn nur eine gut disziplinierte Arbeiterzunft ist im Stande, mit so einem Herrn fertig zu werden. Darum tretet Mann für Mann dem D. M. A. bei.

Hannover. Aus Anlaß der Behauptung der Götter und Dreher bei der Firma August Wille in Braunschweig, Frankfurt a. M., welche der neu angelegte Herr Drehermeister Roth vollbracht hat, erlauben wir uns Einige zu berichten. Der Herr Drehermeister Robert Roth funktionirte vor voriges Jahr hier in der Kamenzer Maschinenfabrik als Werkmeister, wo er sich durch sein Verschwenken (verschickte Arbeiter traktirte er mit Ohrfeigen, schimpfte sie „Hindvieh“, „Dummes Under“ usw.), so beliebt machte, daß ihn kein Arbeiter gern hatte. Und jetzt erlaubt er sich, hier beschäftigte Dreher und Götter nach Braunschweig zu locken. Am 14. d. M. erhielt wiederum ein Arbeiter einen Brief, in dem ihn Herr Roth eine Stelle als Götter mit einem Mindestlohn von 45 M pro Stunde anbot (Dreher 50 M die Stunde). Aber auch jetzt antwortet, hieß es, was schon etwas Verdächtigtes enthielt. Und richtig, am nächsten Tage brachte uns die „Pfälzer Arbeiter-Zeitung“ die Nachricht von der Lohnreduzierung der Dreher und Götter in Braunschweig. Man mag sich nun Arbeiter suchen, wo er will; das können wir nicht ersehen, daß kein Braunschweiger Arbeiter nach Braunschweig kommen wird, denn wir sind froh, daß er aus unserer Stadt fort ist.

Stuttgart. Daß den Unternehmern jede Gelegenheit willkommen ist, die Akkordlöhne zu reduzieren, auch zu Zeiten blühender Prosperität, zeigt wieder folgender Vorfall: Ein Dreher in der Elektrischen Fabrik von C. & E. Klein Stutt-

gart, Namens F. Fleury, war vor einiger Zeit von dem Werkführer wegen Streikigkeiten entlassen worden. F. scheint nun nach eine kleine Schwärze nach dem Colorado zu besitzen, denn von Zeit zu Zeit kommt er in dessen Nähe und erkundigt sich auf das Genueste, was in der Fabrik vorgeht. Letzten Montag (21. Nov.) kam F. in die bei der Fabrik gelegene Wirtshaus, prahlte mit seiner Kunst und sagte, die Herren Fein wüßten gar nicht, was für hohe Akkordpreise bezahlt würden, denn man könne bei ihnen immer noch 12 bis 15 M täglich verdienen. Dies erfuhr Herr Fein am gleichen Tage. Statt sich um dies Wirtshausgewäsch gar nicht zu kümmern und die Sache vorher genau zu untersuchen, kündigte er seinen Werkführern eine Akkordreduktion bis zu 20 Proz. an. F. erhielt für eine Arbeit 25 M, wofür ein anderer Arbeiter später nur 15 M bekam. Vor etwa 2 1/2 Jahren, als F. hier anfing, äußerte er sich, den Drehern in der Fabrik wolle er es einmal kochen, wenn er ausführen müsse. Derselbe hat nun seinen Zweck erreicht, wenn sich die Arbeiter bei Fein die Reduktion gefallen lassen.

**Wiesbaden.** Die hiesigen Verhältnisse bedürzen es, daß auch wir einmal die Spalten unseres Organs in Anspruch nehmen. Jeder fremde Kollege, der einmal in unserer Weltkur- und Bäderstadt den Wanderstab in die Ecke stellt und Arbeit nimmt, wird, wenn er unsere Verfassungen besucht und da 15 bis 20 und, wenn es hoch kommt, einmal 30 Mann zusammen sieht, glauben, daß die hiesigen Metallarbeiter auf Hosen gebettet seien und es ihnen an nichts mangelt. Bei einer näheren Untersuchung wird er aber herausfinden, daß die Lohnverhältnisse im Vergleich zu dem theuren Kurstadtflaster noch Vieles zu wünschen übrig lassen. Woher kommt es nun, daß von den 130-140 organisierten Metallarbeitern kaum der 8. Theil in der Versammlung erscheint? Von der leidigen Interesslosigkeit! Viele sind hier der Meinung, wenn sie ihren Beitrag bezahlt hätten, sei es genug. Ein anderer Theil glaubt auch, nachdem wir unsere Forderungen im Frühjahr bewilligt erhielten, die soziale Frage sei für sie gelöst und der Verband für sie unnötig. Kollegen, bedenkt, wie leicht die im Frühjahr errungenen Vortheile durch Rauei und Interesslosigkeit wieder verloren gehen können und daß durch die Vereinbarung der zwei größten hiesigen Fabriken viel zu unseren (auch der bei den Meistern beschäftigten) Ungunsten gewirkt werden kann. Bedenkt, daß es den Arbeitern in Zukunft ganz unmöglich gemacht werden soll, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Habt Ihr dies einmal reiflich erwogen, werdet Ihr zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nur eine feste iramme Organisation als Damm entgegengesetzt werden kann. Deshalb gilt es vor allen Dingen zu agitieren und dem Verbands, wo man nur kann, neue Mitglieder zuzuführen. Für die organisierten Kollegen ist es aber Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, damit sie nicht wie das letzte Mal wegen zu schwacher Beteiligung verschoben werden müssen.

**Bielefeld.** In der Mitgliederversammlung am 20. November wurde zunächst die Abrechnung von der Rekruten-Abjehlsfeier vorgelegt. Die Einnahme betrug 66,70 M, die Ausgabe 45,20 M; der Ueberschuß von 21,50 M wurde der Ortskasse überwiesen. Hieran referierte Kollege Bunte über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Er führte u. A. aus, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne, sondern man müsse in irgend einer Form etwas für die Mitglieder des Verbandes schaffen, worauf dieselben sich bei Konflikten mit den Unternehmern stützen könnten. Hierfür halte er am geeignetsten die Arbeitslosenunterstützung. Daß dieselbe unter den jetzigen Verhältnissen unbedingt notwendig sei, wolle er beweisen an den letzten Vorgängen in einzelnen hiesigen Fabriken. Er erinnere nur an die Maßregelung eines Formers in der Dücksopp'schen Gießerei, welche deshalb erfolgt sei, weil der betreffende Formner die Befestigung von Ueberständen verlangt habe, wozu nach § 120a der Gewerbeordnung der Unternehmer verpflichtet sei. Er erinnere ferner an die vielen Maßregelungen bei der Firma Gebr. Dickertmann, weil die Arbeiter auf der Auszahlung des rechtmäßig verdienten Lohnes bestanden hätten. Jetzt sei wiederum bei der betreffenden Firma ein derartiger Fall vorgekommen. Einem Arbeiter wurde bei der Lohnauszahlung die Summe von 9,60 M abgezogen. Da er sich einen solchen Abzug zum dritten Male nicht gefallen lassen wollte (zwei Mal waren ihm schon Abzüge gemacht in Höhe von ca. 14 und 10 M) wurde er entlassen. Diese angeführten Beispiele genügen schon, um die Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung zu beweisen; denn in all' den Fällen, in welchen Mitglieder des Verbandes gemäßiget würden, könne jetzt eine Unterstützung nur gewahrt werden nach § 2c des Statuts. Da aber eine solche Unterstützung für Viele peinlich sei, machen sie keinen Anspruch darauf. Sei aber die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so fallen diese Bedenken weg und den Mitgliedern würde hierdurch ein gewisser Rückhalt gegeben, worauf sie sich bei Konflikten mit den Unternehmern stützen könnten. Aber noch einen andern Zweck erfülle die Arbeitslosenunterstützung, die älteren ortsanfängigen Kollegen und Inoffizienten könnten dann nicht mehr den Einwand machen, daß der Verband nur für die jüngeren reisefähigen Kollegen Zweck hätte, denn auch ihnen käme die Arbeitslosenunterstützung zu gute. Des weiteren bemerkte Kollege Bunte, daß außer der Arbeitslosenunterstützung die Einführung eines Krankengeld-Zusatzes großen praktischen Werth haben würde und begründete dieses damit, daß die Mitglieder der Verbandsmitglieder einer Zusatzklasse angehört. Die Zusatzklasse der Metallarbeiter zähle allein 30-40.000 Mitglieder, wenn nun alle diese Mitglieder ihre 20-30 M Beitrag, welche sie in ihre Zusatzklassen zahlen, direkt dem Verbands zuzuführen, sei der Verband in der Lage, auch einen Zusatz zum Krankengeld zu gewähren, denn er bestreite, daß es notwendig sei, neben dem Verband noch eine Zusatzklasse bestehen zu lassen. Beides könne in ein verschmolzen sein und der Zweck wäre vollkommen erreicht. Ferner hätte er für zweckmäßig die Einführung von Sterbe- oder Unzuzugsgeldern. Die Einführung hätte dann so zu geschehen, daß nach zwei- oder dreijähriger Mitgliedschaft ein Sterbegeld in der Höhe von 30, 40 " oder 50 M gewährt würde. Nun dürfe man sich aber nicht verhehlen, daß zur Durchführung all' dieser Reformen eine Erhöhung des Beitrags auf mindestens 50 M nötig sei und ein solcher Beitrag könne auch von den schlechtest bezahltesten Arbeitern aufgebracht werden. Um dem Einwand entgegenzutreten, daß durch diese Reformen der Boden des Klassenkampfes verlassen würde, verweise er auf die Gewerkschaften, welche die

Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben und dennoch Kampfesorganisationen geliebt sind. Den größten Nutzen, den wir von der Einführung obiger Reformen hätten, sei der, daß der beständige Wechsel im Mitgliederstand aufhöre und wir die Mitglieder dauernd an den Verband fesseln würden. Bedner empfiehlt, sich über diese Sache klar zu werden und eventuell Anträge zu stellen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Bedner im Sinne des Referenten aus.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Braunschweig.** Eine sehr stark besuchte Mitglieder-versammlung des D. M. V., Sektion der Schlosser und Maschinenbauer, fand am 12. November in der „Euglischen Krone“ statt. Der Vorsitzende theilte mit, daß der Kollege Konrad Krüger gestorben sei, worauf ihm in üblicher Weise durch Erheben von den Plätzen die letzte Ehre erwiesen wurde. Der Reichstagsabgeordnete Ab. Thiele-Halle war am Erscheinen verhindert und wurde durch den Stadtverordneten Karl Krüger vertreten, welcher einen 1/2stündigen Vortrag hielt, dem stürmischer Beifall zu Theil wurde. In Gewerkschaftlichem kamen die jetzigen Differenzen in der Maschinenfabrik Firma August Wille, Frankfurterstr. 2, zur Sprache. Der neuengagirte Drehmeister Roth habe gleich am zweiten Tage die Löhne reduziert und Lehrlinge geprügelt. Für ein Stück Arbeit, für das es 18 M gegeben habe, sei der Lohn auf 10 M reduziert, ferner bei einem anderen Stück von 7 M auf 4 M. Bei einem Stück Arbeit seien sogar 50 Prozent abgezogen worden. Herr Roth habe es sogar fertig gebracht, einen Dreher für 50 Stunden 7,50 M anzubieten, habe sich aber nach längerer Auseinandersetzung bezogen gefühlt, 9,50 M zuzulegen. Mehrere Bedner waren der Ansicht, daß man es hier mit einem Manne von merkwürdiger Geistesverfassung zu thun haben müsse, denn der noble Herr Roth habe es ja selbst durch seine Arbeit bewiesen, daß bei derartigen Preisen kein Arbeiter, der für das Fortkommen seiner Familie sorgen muß, auskommen kann. So hätte derselbe für eine Schneckenwelle einzupassen eine blanke Mark geboten, hätte aber, da kein Dreher dieselbe machen wollte, in einer Zeit von sieben Stunden die Arbeit endlich selbst fertig gebracht, und wie schwer die 1 M in 7 Stunden zu verdienen gewesen sei, hätte man daraus ersehen können, daß das Tagelohn, mit welchem Herr Roth sich den Schweiß abgetrocknet hätte, naß bis zum Auswringen gewesen sei. Man war der Ansicht, wenn Herr Wille seine Arbeiter, die Jahr aus Jahr ein täglich 12 Stunden, ja mitunter noch länger gearbeitet haben, bezahlen wolle, was für das Geschäft doch nur von Vortheil wäre, dann dürfe er nicht dulden, daß ein hereingelausener Meister, der durch seine Arbeit selbst genügend bewiesen habe, daß bei den von ihm angelegten Preisen nichts zu verdienen sei, sich derartig breit mache. Herr Wille stelle aber statt dessen einen Fabrikpasha vor, wie man ihn sich nicht besser denken könne, indem er den Arbeitern erkläre, wenn das nicht passe, der könne gehen. Die Versammlung brachte den stollegen der Wille'schen Fabrik die größte Sympathie entgegen und nahm einstimmig einen Antrag an, in welchem die Ortsverwaltung und Agitationskommission beauftragt wurden, mit Herrn Wille in Verhandlungen einzutreten. 18 Kollegen erklärten in der Versammlung ihren Beitritt zum Verband.

**Braunschweig.** Bei der Firma August Wille, Frankfurterstr. 2, legten 9 Dreher und 3 Hobler, welche wegen Lohnreduzierung gekündigt hatten, am 23. November die Arbeit nieder. Zugang in fernzubalten!

**Bathenow.** Die Schlosser und Maschinenbauer beschlossen in der letzten Brandensammlung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Maschinenfabriken festzustellen und zu veröffentlichen, damit auch die Kollegen, die noch nicht die Ehre hatten, in einer dieser Mutterwerkstätten zu arbeiten, einen Einblick in sie erhalten. Die landwirthschaftliche Maschinenfabrik von Fr. Richter & Co. beschäftigt 150 Arbeiter incl. 21 Lehrlingen. Die Arbeitszeit beträgt nach der Fabrikordnung 10 1/2, in Wirklichkeit jedoch 12-14 Stunden, da während des ganzen verlassenen Sommers keine Woche verging, wo nicht Ueberstunden gemacht wurden. Die Lohnverhältnisse von allen Arbeitern festzustellen ist uns nicht möglich, da sich die Leute schämen, uns nähere Angaben darüber zu machen. So weit es uns möglich war, die Löhne festzustellen, geben wir sie hier bekannt. Es verdienen bei Lohnarbeit pro Woche: 26 Schlosser 12-16 M, 2 18 M, 12 Schmiebe 12-18 " , 8 Dreher 12-16 M, 8 Hilfsarbeiter 11-14,50 M; bei Akkordarbeit wurde von einzelnen Kollegen bis 22 M verdient, wenn sie 72-80 Stunden pro Woche arbeiteten. Um recht billige Arbeitskräfte zu haben, hat man in der Schlosserei eine Anzahl Schmiebe angelehrt, welche auf die Schlosser einen Druck ausüben dadurch, daß sie arbeiten, welche der Schlosser wegen des zu niederen Preises nicht machen zu können glaubt, bereitwillig für den niederen Preis machen. Auch die Lehrlingszuchterei blüht hier am Plage. In der Maschinenbauerei werden nicht weniger als 16 und in der Gießerei 5 Lehrlinge beschäftigt. Die sanitären Zustände lassen noch viel zu wünschen übrig. Die Ventilation ist so unzureichend, daß man sie überhaupt nicht erwägen sollte. Waschvorrichtungen und Ankleideräume sind etwas ganz Unfeinestes. Ferner wird auch viel über die Belästigungen und Grobheiten des Kampagnons geklagt. Kommt dieser Morgen in die Werkstatt, so verlangt er, daß er zuerst gegrüßt wird, wer es nicht thut, erhält einen „Hiegel“ oder ein sonstiges Schmeichelwort an den Kopf geworfen. Doch genug davon. Fragt man nun, wie es möglich ist, daß in einer Fabrik noch Zustände, wie die angegebenen, existieren können, so stelle man sich das Organisationsverhältnis dieser Arbeiter vor. Dem D. M. V. gehören bei gültiger Arbeitszeit 8-10 Arbeiter an, dem Ditzsch-Duncker'schen Gewerbeverein 80-100. Und da man der Gewerbeverein nur aus „zufriedenen Leuten“ besteht, so ist es kein Wunder, wenn diese mit solchen Arbeitsverhältnissen zufrieden sind. Den Arbeitern aber, welche nicht wollen, daß solche Zustände weiter existieren, rufen wir zu: Schließt Euch einer Organisation an, die diese Zustände bekämpft, das ist der D. M. V.

**Schläger.**

**Fürth.** In einer am 20. November abgehaltenen gut besuchten Schläger-Versammlung wurde Bericht von der Lohnkommission erstattet über die entgeltliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Schlagmetall- und Kom-

positionschläger. Die Schläger verlangen bekanntlich eine 60stündige Arbeitszeit pro Woche und 1 M 15 S für eine Metallform und 50 S für die Zurechtern, für eine engl. Kompositionsform der Größe 1 M 10 S, die Zurechtern 50 S. Derartige Lohnsätze sind zur Unterschrift an sämtliche Meister abgehandelt worden. Bis jetzt haben dieselben bewilligt resp. unterschrieben: Hermann Kradenberger, M. Steidtmir, H. Steidtmir, Weißbed und Hüfner, Hans Peter, Joh. Deindörfer, Christoph Vinz, Georg Klerler, Jakob Friedrich, Johann Vint, Theodor Dietsch, Andreas Reilhack, Andreas Kühnlein, Joh. Trög, Math. Bernauer, Hans Brandstätter, Hans Höfler, Jakob Reilhack, Andr. Baumann, Anton Dachlauer, Georg Kübler, Jean Kleemann und Leonh. Stamm. Bis jetzt haben folgende Meister die Forderungen nicht bewilligt: Dieconymus Stübler mit acht Gehilfen und acht Zurechtern, Heine. Höfler mit sieben Gehilfen. Stefan Schmidt mit einem Gehilfen, Franz Volkmar mit drei Gehilfen und drei Zurechtern, Schriener mit 16 Gehilfen, Christian Stamm mit 4 Gehilfen, Leonh. Stamm jun. mit 4 Gehilfen und F. Ebert und Högler mit 18 Gehilfen. In der Köhler'schen Werkstatt werden auf Schlagmetall 1 M 10 S und auf englische Komposition 1 M pro Form bezahlt, jedoch fällt dort das Quetschen und Stöthen weg. In diesen Werkstätten geordnete Zustände zu schaffen, wird der Lohnkommission überlassen und schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Saale der Bavaria tagende öffentliche Schläger-Versammlung verpflichtet sich dafür zu sorgen, daß in allen Werkstätten ein einheitlicher Lohnsatz eingeführt wird. Die Gehilfen und Zurechtern denenjenigen Werkstätten, denen der neue Lohnsatz noch nicht bezahlt wird, erklären sich bereit, die Kündigung einzureichen und nächsten Samstag die Arbeit einzustellen.“

**Feilenhauer.**

**Halle i. S.** Am 23. November Früh kam Meister Groze von Speyer zurück. Wir wurden daher Mittags vorzeitig, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Herr Pötsch erklärte jedoch der Kommission (3 Mann), die seiner Zeit vorzeitig wurde, sie, die Kommission, nicht wieder einzustellen. Daraufhin erklärten sich sämtliche Kollegen solidarisch, jedoch nahmen die 5 Schläger am 24. November die Arbeit wieder auf in der Meinung, die Angelegenheit sei auf gutlichem Wege zu schlichten, was aber bis jetzt nicht erfolgt ist. Im Ausstände befinden sich 4 Maschinen- und 4 Handhauer, darunter 4 Vergeirathete mit 8 Kindern.

**Rosenheim.** Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bis auf Weiteres im Verbandslokal der Metallarbeiter „Gasthaus zum Weizensteiner“. Jeder organisierte Feilenhauer erhält daselbst 50 S Gehalt, Umschauen ist daher strengstens untersagt. Zwißerhandelnden wird unbedingt das Gehalt entzogen. Briefe und sonstige Sachen sind zu richten an Matthias Gygammer, „Gasthaus zum Weizensteiner“.

**An alle in der Schwarzwälder Nuten-Industrie beschäftigten Arbeiter.**

Auf das von der hiesigen Verwaltungsjstelle ausgegebene Rundschreiben, betr. Abhaltung einer Konferenz aller in der Schwarzwaldnuten-Industrie beschäftigten Arbeiter theilen wir den interessirten Verwaltungen folgendes Reskultat mit: Für Abhaltung einer Konferenz sind St. Georgen, Trüberg und Schramberg, letzteres aber erst, wenn die Beschlüsse der vorjährigen geregelt, d. h. wenn die statistischen Erhebungen von Seiten des Vorstandes vollendet sind. Wegen Abhaltung ist Furttwangen. Unter diesen Umständen glauben wir von der Abhaltung einer Konferenz Abstand nehmen zu müssen, bis wir das Resultat der vorgenommenen Erhebungen haben, vielleicht ist dann Furttwangen auch dafür, und ist es dann möglich, daß Schwennungen auch vertreten ist.

**Die Verwaltungsjstelle Willingen.**  
Ab. Kuner, Bevollmächtigter.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist soeben das 9. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Sturm im Glast Wasser. — Das schweizerische Fabrikgesetz nach zweijährigem Bestand. Von Otto Lang. — England und Frankreich. Von G. Bernheim. — Für das böhmisches Staatsrecht. Von Friedrich Stampfer, Wien. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Aesthetische Streifzüge. Von Franz Wehring.

**Briefkasten.**

**M., Darmstadt.** Ihre Vorwürfe sind unbegründet, da an dem Eingekandt nur inhaltlich belanglose Kürzungen vorgenommen wurden. Uebrigens: wo kämen wir hin, wenn wir uns wegen jeder Kürzung erst verantworten sollten?  
**S., Leipzig-Indenau.** In nächster Nummer. Wie gewünscht doch einfach unmöglich!

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

- Altenburg.** Sonnabend, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Zivoli“. Bericht und Wahl der Ortsverwaltung. Anträge.
- Altona.** Montag, 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Christophianen, Blumenstr. 41. Neuwahl der Ortsverwaltung.
- Apolda.** Sonnabend, 10. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Vorwärts“.
- Angsburg.** Samstag, 3. Dezbr., Abds. 9 Uhr, im „Blauen Bod“. Vortrag.
- Bamberg.** Samstag, 10. Dezember, im Gasth. zur „Marktbrücke“.
- Barmen.** Samstag, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Hübn. Fühwerthalerstr. 19. Anträge zur Generalversammlung.
- Berlin.** Montag, 5. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Weddingpark“, Müllerstr. 178, Bezirksversammlung

für **Wedding**. Die Arbeitslosenunterstützung. Referent: J. Haber.

**Berlin**. Vertrauensmännerkonferenzen: Für **Kloabit**: Sonnabend, 3. Dez., bei Fischer, Beuolstr. 9. — Für den **Norden**: Sonnabend, 10. Dez., bei Dieke, Alsterstr. 128.

**Berlin**. Sonntag, 11. Dez., Vorm. 10 Uhr, Morgen-sprache in **Spandau** bei Radtke, Neumeisterstr. 5.

**Giebriug a. Rh.** Am 3. Dez. im „Kaiser Adolf“.

**Bohnm.** Sonntag, 4. Dez., Vorm. 10 Uhr, bei Förster, Moltkeplatz. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Gannstatt**. Ausnahmsweise findet unsere Mitglieder-Verammlung am Sonntag, 4. Dez., Vorm. 10 Uhr, im „Ruffischen Hof“ statt. Vortrag von Kollege Radtke, Landeskongress. Bericht vom Gewerkschaftskartell. — Begehrt Kontrolle werden alle Mitgliedsbücher eingezogen und für die erlebigen Erfas gestelt.

**Gannstatt**. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 10. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Löwen“. Neuwahl der Verwaltung.

**Cöpenick**. Am 6. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Troppeus, Grünstr. Vortrag des Gen. Kolbeck über Arbeitslosenunterstützung. Wahl der Gesamtverwaltung.

**Darussadt**. Unsere Verammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold-Pfau“), große Ohjengasse 15, statt.

**Höbeln i. S.** Sonnabend, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, auf der „Kuldenerrasse“. Wahl des Bevollmächtigten.

**Düffeldorf**. (Allg.) Samstag, 3. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Prevor, Leopold- und Heinestr.-Ecke. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Eisenach**. Am 2. Dez. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht der Lokal- und der Vergnügungskommission. — Alle Freitage Zahlabend.

**Eisen.** (Allg.) Am 3. Dezbr., Abds. 8 Uhr, in der „Rothenburg“, Kallanienallee.

**Frankenthal**. Samstag, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Wargand, Weichgasse 33. Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Verammlung. Die Lohnbewegung der Heilenbauer. Stellung zum geplanten Formertag. Neuwahl der Vertrauensmänner.

**Frankfurt a. M.** (Sekt. der Spengler u. Installat.) Samstag, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Eichenmeisterstr. 23. Vortrag des Herrn Redakteurs L. Här über: Bilder aus dem Leben der Sprache.

**Fürherwald**. Sonnabend, 10. Dezbr., im „Stern“. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Gießen**. Samstag, 3. Dez. 4. ordentliche Generalversammlung. Bezirkskongress in Mainz. Bericht des Festkomitees.

**Griesheim**. Jeden 1. Sonntag im Monat bei Schöffner, („Gold. Stern“).

**Gustavsburg-Gothheim**. Sonntag, 4. Dez., Vorm. 11 Uhr, in der „Alteisen Bierhalle“, bei Herrn Grafweg. Das Mitgliedsbuch in vorzugeigen.

**Hamburg-Horn**. Am 10. Dez., Horner Landstr. 339.

**Hannover**. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 10. Dez., bei Stragner, Langestr. 2.

**Hannover**. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Jume, Mademacherstr. 1.

**Harburg**. Sonnabend, 10. Dez. Die 4. Generalversammlung. Stellung von Anträgen zu derselben. Wahl der örtlichen Verwaltung. — In diesem Jahre weiter keine Verammlung.

**Heilbrunn**. Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, in der „Rote“. Neuwahl der Ortsverwaltung usw.

**Karlruhe**. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 3. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Deutschen Philister“. Vortrag.

**Karlruhe-Mühlburg**. Samstag, 3. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Nitter“. Vortrag.

**Kiel**. (Allg.) Mittwoch, 7. Dezbr., Abds. 8 Uhr, bei Ahrens, Alie Reiche 3. Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Köln**. (Sektion der Schläger.) Samstag, den 10. Dez., Abds. 7 Uhr. Wahl der Ortsverwaltung.

**Köln**. (Sektion der Klempner.) Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, Abds. halb 9 Uhr, bei Seede, Weidstr. 3.

**Königsberg**. Samstag, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in Holländer's Brauerei. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Königsberg a. Rh.** Samstag, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Wittebacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marktstr.

**Kreuzburg**. Sonnabend, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Zaulehndörfer“.

**Kreuzburg (Ostf.)** Samstag, 10. Dez., Abds. halb 8 Uhr. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Neu-Harburg**. Sonntag, 4. Dez., Nachm. 4 Uhr, in der Wirtschaft zur „Waldsäge“. Neuwahl der Ortsverwaltung. Regelung der Lokalfrage.

**Neuss a. d. Rh.** Samstag, 3. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr. Vortrag. Anträge zur Centralversammlung. Wahl der Ortsverwaltung.

**Neu-Poppin**. Sonnabend, 10. Dezbr., bei Sellinger, Schäferstr. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Nürnberg**. (Allg.) Samstag, 10. Dezbr., im Café Metz. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Nürnberg**. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 3. Dez., im „Goldenen Metzger“ (Dönhofsplatz). Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Nürnberg**. (Sektion der Schläger, Polier und Bernidler.) Samstag, 10. Dezbr., im „Gold. Körper“, Dönhofsplatz. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Nürnberg**. (Sektion der Zingler.) Montag, den 5. Dez., im „Nitterhof“.

**Pöschel i. Thür.** Sonnabend, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Lokal. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Rastatt**. Samstag, 3. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Schön“.

**Rathenow**. (Sektion der Stille- und Funkenzähler.) Montag, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Stadthaus, Brauerei-

versammlung der Brillenarbeiter. Wahl eines Branchenleiters.

**Regensburg**. Samstag, 10. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Nitter“. Neuwahl der Ortsverwaltung. Vortrag.

**Röhlau**. Sonnabend, 10. Dezbr., Abds. 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstr. 34. Landeskongress.

**Schramberg**. Samstag, 3. Dezbr., Abds. 8 Uhr, im „Nitter“.

**Stettin (Bezirk 3)** Sonnabend, 3. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Jeglin am Markt.

**Triebberg**. Sonntag, 11. Dezbr., Konferenz der Uhren-industriearbeiter im Gasthaus zur „Krone“ in St. Georgen. Situationsbericht der einzelnen Orte. Stellungnahme zur nächsten Metallarbeiterkonferenz von Baden, Elsaß und der Pfalz. Wahl des Vororts.

**Triebberg**. Samstag, 3. Dezbr. Wahl der Ortsverwaltung.

**Walters**. Samstag, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Kottger, Neustr. 26. Vortrag über: Gewerbege-richte. Referent: Gen. D. Jhanez-Elberfeld.

**Zirndorf**. Montag, 5. Dezember, Abds. 8 Uhr, bei Kammernann.

**Berlin**. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 4. Dezember, Vormittags 10 Uhr und Nachmittags 3 Uhr, je eine Vorstellung in der Sternwarte in Dreptow stattfindet. Eintrittskarten zum Preise von 75 A für die Vorstellung und Beobachtung durch das Niesferrohr können bei sämtlichen Kaffereien bestellt werden, und sind im Verbandsbureau, Annenstr. 39, erhältlich. Die Beobachtung durch das Niesferrohr kann an jedem beliebigen Tage vorgenommen werden. Die nächsten Vorstellungen für unsere Mitglieder in der „Urania“ finden am 26. Dez. (2. Weihnachtstfesttag), sowie Sonntag, 15. und 29. Januar, Vormittags 9 Uhr, statt.

Ferner eruchen wir, in Zukunft alle Postsendungen, mit Ausnahme von Geld- und Einschreibungen, nur noch zu adressieren: **An die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes**, Berlin S., Annenstr. 39, da nur dann Garantie für prompte Erledigung gewährleistet werden kann.

Geldsendungen sind zu richten an **Reinly. Pehold**, Berlin S., Annenstr. 39. —

Alle an den Unterzeichneten gerichteten Korrespondenzen, Geldsendungen u. sind nur noch zu richten nach **Berlin S., Annenstr. 39.**

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: **Otto Käther**, Annenstr. 39.

**Cöpenick**. Die Herberge befindet sich bei Dahlbrück, Friedrichshagenstr. 1.

**Leipzig**. Sonnabend, 10. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Jellenteller zu Plagwitz, Karl Heinestr. Vortrag über: die Bewohnbarkeit der Weiten. Der Vortragende, Herr Dr. Ardenbold, Direktor der Berlin-Dreptower Sternwarte, wird seine Ausführungen durch Apparate erläutern. Eintrittskarten im Vorverkauf („Coburger Hof“, Bureau) 25 A, an der Stelle 30 A.

**Leipzig-Lindenau**. Um Angabe der Adresse des Schlossers Max Straube, geb. 10. Okt. 1874 zu Leipzig-Eutritzsch, wird ersucht. Er ist noch Verpflichtungen gegen den Verband. G. Krieger, Sevelin, Carl Heinestr. 66, II.

**München**. (Sektion der Schloßer u. Maschinenbauer.) Unser Verammlungs- und Verkehrslokal sowie Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. Dezember ab im „Orpheum“, Sommerstr. 12. Telephon-Nr. 5345.

**Nürnberg**. (Sektion der Klempner.) Der Arbeitsnachweis befindet sich im Gasthaus zum „Selbsten Unter“, Bergstr. 9. Umgehungen verboten!

**Freie Vereine.**

**Höbeln i. S.** (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 10. Dezbr., Abds. 7/9 Uhr, in der „Kuldenerrasse“.

**Gestorben.**

In Brandenburg am 15. November der Kähler Albert Thiel, 29 Jahre alt, an Scharlach. — In Düsseldorf der Klempner Emil Bolduan im Alter von 55 Jahren an Lungenschwundst. — In Nürnberg der Schmied Johann Ködel, 38 Jahre alt. — In Karlsruhe am 15. Nov. der Klempner Albert Kogg, 29 Jahre alt, an der Proletarietkrankheit.

## Privat-Anzeigen.

Unterzeichneter nimmt hiemit die Aeußerung, die er in der Wirtschaft zu den „Drei Hasen“ gegen die Sektion der Schmiede des D. M. V. in Nürnberg gemacht hat, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

**Andreas Ohnemüller**, Schmied  
in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg.

---

2 tüchtige Herdschloßer werden bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

276] **H. Faidinger'sche Herdfabrik**, Stuttgart.

---

Ein tüchtiger Zingler findet sofort dauernde Stellung bei

270] **Otto Fiksch**, Breslau.

---

### Feizer-Maschinist,

gelernter Schmied, welcher schon als solcher in größeren Dampfmaschinen thätig war und alle vorkommenden Reparaturarbeiten, Herstellen von Mundstücken, selbstständig ausführen kann, findet bei sehr gutem Lohn, freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Garten und Klei. land, dauernde Stelle bei

**Regierungsbaumeister Heilmann**,  
Heldenheim a. Br.

274]

---

### Schmiede-Verkauf.

Todesfall halber ist meine gutgehende Schmiede sofort zu verkaufen.

Wittwe **W. Danne**, Bernburg i. Anhalt,  
Thurmweg 1a.

275]

---

### Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die **Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.**

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

Alle Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Bezug Vertretern erhalten Provision.

---

## Achtung!

Für Dreher, Dreherlehrlinge, Drehermeister empfehle zu **Weihnachts- und Neujahrsgeschenken** meine allseitig anerkannten Gewindeberechnungen **M 1,35**, Konsumberechnungen **M 1,30**, Gewindevorträge **30 A**, Näheres **15 A**, Messingstäbchen für Suppormaß **50 A**, Nachschlagebüchlein für Offertbriefe nebst Litteraturverzeichnis **50 A**. Zusammen **M 4,10**. An Wiederverkäufer zur Probe **M 2,75**. — Ferner empfehle: Spitze Gewindeberechnungen **80 A**, Flachgewindeberechnungen **1,20**, Stahlgliedermaßstäbe für **M 1,40** und **M 1,60**, Schieb- leeren Nr. 3 **200x55 M 3,75**, **210x65 M 4**, **250x70 M 4,55**, **300x95 M 6,50**; mit Mikrometer-Schraube für **M 8,20**, **8,80**, **9,80**. Holzgliedermaßstäbe (Bube) ausfähig getheilt **80 A** usw. Prospekte gratis. Vertreter werden für alle Fabriken, Werkstätten angenommen. Garantie für vollständige Selbsterlernung. Auch durch alle Vereinsvorstände zu beziehen. Feine Anerkennungen.

**Aug. Loss**,  
Giebigenstein-Halle a. S.  
NB. Obiges eignet sich auch für Verloojungen aller Art.

277]

---

## Arbeits-Anzüge

für  
**für Maschinisten, Feizer, Schloßer u.**

echtfarbig, praktisch, dauerhaft.

Pilot **M 5,80**, Bl. Leinen **M 4,50**,  
" " **M 4,75**, „ Hauswand **M 3,20**,  
Hosen in Molestin (deutsch oder)  
**M 2,25**, **2,80**, **3,60**, **4,00**, **4,50**, **5,00**, Bindem. **8,00**,  
empfehl die **St. Verfabrik** von

**R. Postelt**, Seiffenmehrsdorf i. S.

Bei Bestellung ist die Brustweite der Jacke und die Seiten- wie Schrittlänge der Hose anzugeben. Bei Bezug von **3 Stück** Frachtkosten gegen Nachnahme. Muster auf Wunsch jederzeit zu haben.

269]

---

**Landesbibliothek**

270]

---

Soeben erschien in dritter, veränderter Auflage:  
**Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.**  
(Auch Lesebuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-Notizen. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenkarten. Gebd. **M 1,50**. Durch alle Buchhandl., Kolp. u. **S. Scherm**, Nürnberg.

---

An alle Ortsverwaltungen des **D. M. V.**

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsverband wesentlich erleichtern. Ferner eruchen wir, alle Änderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch am **Dinstag** erhalten.

Die Exped. der „**D. Met.-Arb.-Ztg.**“